

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement - Preis: 30 Mark pro Quartal, 100 Mark pro Jahr, monatlich 1,30 Mark, wöchentlich 30 Pf. frei und ohne Zusätze. Sonntagsnummer 5 Pf. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,50 Mark pro Monat, wöchentlich 40 Pf. für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Spanien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Anzeigenspalte oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt: Gebühre für 20 Pf. (täglich 2 setzgebundene Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Eilensätze und Eilensatzanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr mittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geschlossen.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.  
 Mittwoch, den 28. März 1917.  
 Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Beschießung von Dünkirchen.

**Gefechte im Räumungsgebiet bei Vagnicourt, Equancourt, Roisel, Conchy le Chateau — Russische Stellungen an der Schtichara gestürmt — Russenangriffe westlich Luel — Kampf am Magharos — Neue Kämpfe nördlich Monastir.**

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 27. März 1917. (B. T. S.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Zufolge regnerischen Wetters blieb an der ganzen Front die Kampftätigkeit gering.

An den von Sapoume nach Nordosten führenden Straßen kam es zu Gefechten in der Boissostlinie Roreuil-Vagnicourt, ebenso bei Equancourt nordöstlich von Péronne.

Roisel, am Cologne-Bach, ist nach mehrmals vergeblichem Vorstoß vom Feinde besetzt worden.

In den Wäldungen zwischen Dife und Conchy le Chateau trafen härtere französische Kräfte auf unsere Sicherungen, die dem Gegner Verluste beibrachten und dann vor drohender Umfassung Raum gaben.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Secresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Unternehmungen unserer Stoßtruppe bei Jüngt brachten in den beiden letzten Tagen 30 Gefangene ein; gleich viele Russen mit 1 Maschinengewehr wurden gestern bei Smorgon aus den feindlichen Gräben geholt.

Südöstlich von Saranowitschi gelang ein gut angelegter und kraftvoller durchgeführter Vorstoß. Die auf dem Westufer der Schtichara gelegenen russischen Stellungen zwischen Darowo und Ladusj wurden gestürmt, über 300 Russen gefangen, 4 Maschinengewehre und 7 Minenwerfer erbeutet.

Westlich von Luel, nördlich der Bahn Sioezow-Tarnopol und bei Wezangy griffen nach heftigen Feuerwechseln russische Bataillone an; sie sind verlustreich abgewiesen worden.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.  
 Südlich des Tratusal-Tales bereitete unser Abwehrfeuer einen sich vorbereitenden Angriff; gegen den Magharos-Kamm vordringende russische Kräfte wurden zurückgeschlagen.

Secresgruppe des Generalfeldmarschalls von Madensen.  
 Keine wesentlichen Ereignisse.

### Mazedonische Front

Nordwestlich von Monastir haben die Franzosen erneut angegriffen. Mehrere starke Vorstöße schlugen im Nahkampf fehl;

westlich von Trnova hat der Feind in einem schmalen Graben sich Fuß gefasst.

Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

### Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 27. März, Abends.

Von den Fronten sind bisher keine besonderen Ereignisse gemeldet.

### Der österreichische Bericht.

Wien, 27. März 1917. (B. T. S.) Amtlich wird verlautbart:

#### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Secresgruppe des Generalfeldmarschalls von Madensen.

Keine besonderen Ereignisse.

Secresfront des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Südlich des Eschanos-Tales griff der Feind gestern die Magharos-Stellungen mit harter Artillerieunterstützung an. Er wurde teils durch Feuer, teils im Nahkampf abgeschlagen. Südlich des Sulta-Tales erlitt unsere Geschützfeuer einen russischen Angriffsvorstoß.

Secresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Südlich von Brzeczany, bei Diejow und westlich von Luel stieß der Feind ohne Erfolg gegen unsere Linien vor; er erlitt starke Verluste. Im Raume von Saranowitschi wurde er durch Ueberfall aus seinen Stellungen westlich der Szegara geworfen, wobei er neben schwerer blutiger Einbuße über dreihundert Mann an Gefangenen verlor.

#### Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Grysichen drangen Abteilungen unserer Infanterieregiments Nr. 100 mit kräftiger Artillerieunterstützung südlich von Siglia in die feindlichen Stellungen ein, nahmen neun Offiziere und 308 Mann gefangen, erbeuteten ein Maschinengewehr und behaupteten sich gegen mehrere Gegenangriffe.

Auf dem Ploeden-Passe wurden die Italiener aus dem Finanzwachhause vertrieben, das Gebäude flag in die Luft, nachdem es von unserer Patronik durchsucht und verlassen worden war.

#### Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Lage in Albanien unverändert.

Der Stellvertreter des Chefes des Generalstabes von Gueser, Feldmarschalleutnant.

# Das Verhängnis des Nichtstuns.

Herr von Bethmann Hollweg ist in der gestrigen Herrenhausung nicht erschienen. Sein Vertreter, Staatsminister von Breitenbach, hat an seiner Stelle eine Erklärung abgegeben, in welcher er die Vieldeutigkeiten des Antrags Hoensbroech (von denen man weiß, wie sie gemeint sind) mit Vieldeutigkeiten beantwortete (von denen man raten kann, wie sie gemeint sind), und so eine formale Uebereinstimmung zwischen Herrenhaus und Regierung konstruiert, die als schützende Kulisse vor den sachlichen Gegensätzen steht. Das Herrenhaus hat darauf die Anträge Hoensbroech und Oldenburg, deren Einbringung wie ein Pronuntiamento gegen die Regierung erklang, sämtlich in einer Kommission begroben, in der sich nun der Fürst zu Salm-Horstmar mit dem Fürsten von Lichnowsky und Herr Dernburg mit dem Grafen Hoensbroech über Kriegszielfragen anregend austauschen können.

Der erwartete Zusammenstoß ist also ausgeblieben. Man wird sagen, daß nach dem Auftreten des Ministerpräsidenten am 14. März im Abgeordnetenhaus dieser Zusammenstoß überflüssig war. Möglich, aber dann nicht für Herrn von Bethmann Hollweg, sondern für das Herrenhaus. Das Herrenhaus ist es, das den Augenblick nicht für geeignet ansehen konnte, allzu scharf gegenüber dem Reichskanzler aufzutreten.

Wie wird man fragen, das, nachdem Herr von Bethmann Hollweg dem Herrenhaus so energisch gegenübergetreten ist, seinen Willen zur Neuorientierung so ungewandig offen in der Form des feindsigen Bekenntnisses kundgetan hat? Trotzdem. Die Rede des Ministerpräsidenten hatte am 14. März in großen Teilen einen guten Klang für demokratische Ohren. Wir haben das offen anerkannt, und die konservative Presse hat dementsprechend ihr Mißfallen geäußert. Aber schon 24 Stunden später war der Klang der Bethmannschen Rede nicht mehr der gleiche. Während man am 14. März vor allem aus der Bethmannschen Rede den festen Willen zur Neugestaltung unserer innerpolitischen Verhältnisse heraushörte, heraushörte man am 15. März ihr Schwergewicht auf einem kleinen unabweidbaren Wörtchen: auf dem noch nicht, jetzt nicht, nicht während des Krieges. Denn dazwischen hatte sich eine ganze Kleinigkeit ereignet: Der Sieg der russischen Revolution.

Gewissen rechtsstehenden Blättern ist es freilich ein ganz unerträglicher Gedanke, wenn man die russische Revolution und deutsche innerpolitische Fragen in einem Atemzug nennt. So fragt jetzt erst wieder die „Post“, ob denn die russische Revolution eine innere deutsche Angelegenheit sei? — Man könnte darauf zunächst etwas umschreibend antworten, nämlich, daß zum mindesten die russische Revolution, der russische Parisismus, über hundert Jahre lang eine sehr wichtige Angelegenheit der inneren deutschen Politik gewesen ist.

Man brauchte etwa nur an das Jahr 1815 zu erinnern. Die konservative Presse hat es der Sozialdemokratie stets sehr übel vermerkt, wenn diese dem König Friedrich Wilhelm III. die Nichterlösung des 1813 gegebenen Verfassungsverprechens zum persönlichen Vorwurf machte. Es ist doch bekannt, hieß es, daß der König auf und nach dem Wiener Kongress in seinen Entschlüssen nicht frei gewesen ist. Aber wer drückte damals auf den Willen des Königs? — Die heilige Allianz, das spezielle Werk des Zaren Alexander I.

Man könnte das Jahr 1848 nennen. Damals war es wieder der russische Zar, der die ungarische Erhebung mit Waffengewalt niederwarf und damit gerade jenes Glied der mitteleuropäischen Freiheitsbewegung in Ohnmacht zurückzwang, in dem diese nicht nur politische, sondern auch militärische Stärke besaß. Das sind nur zwei Fälle aus früherer Vergangenheit, denen man noch manches Beispiel aus einer viel näher liegenden Vergangenheit beifügen könnte, in denen der russische Absolutismus die deutsche innere Entwicklung zur Freiheit gehemmt und geschädigt hat.

Warum soll denn dann der Sieg der russischen Demokratie etwas sein, was uns innerpolitisch gleichgültig lassen könnte? — Nur, weil wir jetzt mit Rußland im Kriege liegen? Gerade dieser Einwand ist der allerverstehteste. Es hilft auch nichts, sich selber die Augen zu verbinden und den grundlegenden weltpolitischen Vorgang als eine kleine Neugierigkeit hinzustellen, wie es etwa die „Post“ tut, wenn sie von „Rußlands revolutionären Zudungen“ redet und von einem „Bespiel, den Rußland „mit seinem staatsrechtlichen Kleide“ vornimmt, weil die parlamentarische Uniform der westlichen Mächte ihm neuerdings als Kleidam zu gelten scheint“.

Wir kennen die Weise, wir kennen den Wert. Irgeandwo mitten in der Stadt haust in dem alttürmlichen Stammhaus ein altrenommiertes Handelsgeschäft, das sich mit der

# Torpedoboote beschießen Dünkirchen.

Berlin, 27. März. Einer unserer Torpedobooteverbände hat in der Nacht vom 25. zum 26. März die Anlagen des Kriegshafens Dünkirchen auf nahe Entfernung mit etwa 200 Schuß beschossen. Feindliche Seeestreitkräfte wurden nirgends angetroffen. Unsere Boote sind unbehelligt wieder eingelaufen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

# Neuer Blockadefeldzug gegen die Neutralen?

Die englischen Ausschungerungspolitiker geben ihr Spiel noch immer nicht verloren. Dem „Allgemeen Handelsblatt“ zufolge wird im Unterhaus eine neue Blockadepolitik vorgeschlagen werden, die auf den Handel Hollands und anderer neutraler Länder, wie es in einer Amsterdamer Volksweltung vom Montag heißt, eine sehr starke Rückwirkung haben kann. Der Unionist Bellairs hat einen Antrag eingebracht, in dem gesagt wird, daß Deutschland sich selbst in die Stellung eines „Outlaw“ — eines von den Seefahrern Ausgeschlossenen — unter den Völkern versetzt habe, und daß jetzt die Zeit gekommen sei, um eine neue europäische Lehre aufzustellen und durchzuführen, nämlich die, daß keine überseeischen Vorräte das Gebiet Deutschlands und seiner Bundesgenossen verlassen oder dorthin gelangen dürfen.

In dem Antrag wird verlangt, daß die Vorräte für die neutralen Länder in Europa so ratio-

niert werden müssen, daß der Handel mit Deutschland und seinen Verbündeten in allen in den königlichen Verordnungen genannten Artikeln vollständig unmöglich gemacht wird. Derselbe Gegenstand soll alsbald auch im Oberhause zur Sprache kommen. Dort wird beantragt werden, daß eine Kommission zur Untersuchung des dänischen und des niederländischen Handels eingesetzt werde.

Wie Reuters meldet, fragte im Unterhause Neuz, ob das Kriegskabinett die gegenwärtige Blockadepolitik erwogen habe und zu irgendeiner Entscheidung gekommen sei. Bonar Law antwortete: Ja, die ganze Blockadefrage ist vom Kabinett mit den Marinefachverständigen gründlich in Erwägung gezogen worden. Man ist sehr bestrebt darüber, daß die Blockadepolitik im Prinzip richtig und in der Durchführung wirksam ist. Die Berichte, die uns aus Deutschland zugehen, scheinen diese Ansicht zu bestätigen.

# Berlin kauft Kohlenfelder.

In der gestrigen nichtöffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde dem Antrage des Magistrats entsprechend beschlossen, die Ruze der Kohlenfelder der Gewerkschaft Wähling (in der Nähe von Hamm) für die Stadt Berlin anzukaufen.

Ueber den in der Presse mehrfach erwähnten Ankauf von Ruzen der Bergwerksgesellschaft Triet ist der Stadtverordnetenversammlung bisher eine Vorlage des Magistrats nicht zugegangen. Es wurde aus der Versammlung bemerkt, daß bei der Zustimmung zu dem Ankauf der Gewerkschaft Wähling gegenüber anderen Projekten die volle Freiheit der Entscheidung sowohl hinsichtlich des Wertes selbst, als auch hinsichtlich der Preisfrage vorbehalten werde.

neuen Zeit kräftig zu entwickeln anfängt. Man hat längst bemerkt, daß das winzliche unmoderne Gebäude zu dem neuen Geschäftsbetrieb nicht mehr paßt, daß es Schwierigkeiten und Reibereien aller Art erzeugt. Aber man mag weder Umbau noch Neubau, teils aus Pietät zu den „altbewährten Grundlagern“, teils weil man mit der Konkurrenz nebenan in heftigstem Kampfe liegt und fürchtet, durch den Umbau ins Hintertreffen zu geraten. Vor allem aber der schöne Trost: das Gebäude der Konkurrenz ist noch älter, noch winziger, noch verbaulicher.

Da erscheinen eines Tages Handwerker nebenan, in kurzer Zeit ist die alte Bude niedergedrückt und ein moderner Geschäftspalast erhebt sich. Da es die Konkurrenz tut, ist es natürlich Blödsinn, und alles laßt aus vollem Galle. Dienstbesessene Kommiss besetzen sich, dem Chef zu demonstrieren, wie die da drüben hereinfallen werden, die ihr Geld bei dem jetzigen scharfen Konkurrenzkampf statt in Waren in einen Neubau stecken. Aber der Chef ist doch etwas nachdenklich geworden. Er meint: wir werden unseren Bau wohl auch modernisieren müssen. Wir werden einen gründlichen Umbau vornehmen. Aber natürlich erst, wenn wir aus dem schwersten Konkurrenzkampf heraus sind. Wird es dann nicht aber zu spät sein, Herr Chef?

Herr v. Bethmann Hollweg hat richtig erkannt, daß die Neuorientierung nicht eine Frage der politischen Layne oder des Geschmacks, nicht eine Frage der Theorie und Prinzipien, sondern eine Lebensfrage für Deutschland ist. Er hat sie ausdrücklich begründet mit den Worten: „Dies erfordert unsere Zukunft, nicht um theoretischer Probleme willen, sondern damit wir leben können.“

Wir haben diesen Satz in unserer Besprechung der Rede vom 14. März scharf herausgehört. Damit wir leben können, sehr gut — aber ist die Neuorientierung erst nach dem Kriege eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland? Rein, jeht im Kriege und gerade im jetzigen Augenblick ist sie eine der bittersten und unumgänglichsten Lebensnotwendigkeiten für Deutschland. Wir verlangen die Neuorientierung heute — damit wir leben können, im Interesse eines glücklichen Kriegsausganges.

Man soll doch nicht die Augen verschließen und so tun, als ob sich durch die russische Revolution gar nichts für uns geändert hätte. Gewiß, Miljukows Kriegsziele sind die gleichen, wie die Kriegsziele Trepows. Aus dem von Herrn Miljukow bekanntgegebenen Eroberungsprogramm mit der Annexion Konstantinopels, mit der Aufteilung Oesterreich-Ungarns, mit der Vergrößerung Belgiens, Serbiens und Rumaniens, mit dem völligen Sieg der Entente, aus dieser Wiederholung und Verschärfung der berichtigten Ententenote an Wilson werden unsere Feldgrauen draußen die selbstverständliche Konsequenz ziehen, daß wir uns einseitig gegen die kadettisch-oktobristische Revolutionsregierung genau so verteidigen müssen, wie gegen das zarische Kabinett.

Aber das ist doch nicht alles. Man braucht bloß das Wort Polen auszusprechen, um zu begreifen, vor welcher wichtigen neuen Aufgabe unsere Politik gestellt ist. Was die Polen am meisten vor Rußland abschreckt, war nicht Rußland als solches, sondern die Schreckensherrschaft des russischen Zarenismus. Wir müssen den Polen zum mindesten dieselbe Garantie der Entwicklungsfreiheit geben, wie die neue russische Demokratie.

Das aber ist für uns nicht einmal das Wichtigste. Man verzeihe mir, daß der Kampf gegen den Zarenismus bisher ein sehr großes ideelles Moment in unserm Freiheitskampf für weite Volkskreise gewesen ist, von dem auch die deutsche Regierung oft und gern Gebrauch gemacht hat. Dies Moment existiert heute nicht mehr. Aber man kann ein anderes, gleichwertiges, ja höherwertiges an seine Stelle setzen, indem man dem Volke sagt: ihr verteidigt euer Vaterland, nicht nur das Vaterland, das ihr einst hofft nach euren Idealen umzugestalten, sondern das bereits für euch gleichberechtigte Bürger als euer Haus umgestaltet ist. Unser arbeitendes Volk wird in wenigen Tagen wieder vor eine schwere Belastungsprobe seiner Entschlossenheit gestellt sein, eine Belastungsprobe, die durch die jetzige Steuerpolitik der Regierung und der Reichstagsmehrheit noch bedeutend und sehr unnötig verschärft wird. Wenn man so viel vom Volke verlangt, dann gebe man ihm auch, was man ihm wirklich und ohne Schwierigkeit geben kann! Das aber sind nicht bloße Versprechungen auf die Zukunft, das erfordert sofortige Tat, sofortige Neuorientierung, sofortige Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts, besser noch morgen als übermorgen, besser noch heute als morgen!

Wir verlangen die sofortige Neuorientierung als nationale Forderung im Interesse der deutschen Selbstbehauptung. So wie der Reichskanzler die künftige Neuorientierung als zwingende Lebensnotwendigkeit unseres Volkes gefordert und damit jeden als antinational gebrandmarkt hat, der sich ihr in den Weg stellen will, so verlangen wir die Neuorientierung noch während des Krieges im Lebensinteresse des deutschen Volkes und betrachten es als keine richtige Wahrnehmung unserer deutschen Interessen, wenn jemand aus Angst vor inneren Reibungen und Konflikten im Augenblick nichts tun will, als — nichts tun.

Daß uns das Nichtstun zum Verhängnis werden kann, beginnen immer weitere Kreise einzusehen. Selbst die nationalliberale „Völkische Zeitung“, ein im allgemeinen sehr gemäßigtes Organ, ermahnt den Reichskanzler:

„Wenn er (Bethmann Hollweg) jedoch inzwischen zu der Erkenntnis gelangt sein sollte, daß es nicht räthlich sei, die Forderungen, die er, unbeeinträchtigt von der Entwicklung in Rußland, aus den Lehren des Krieges als unabweisend und notwendig für die preussische Politik gezogen, bis zum Frieden aufzuschieben, sondern daß man ihnen schon jetzt festere Gestalt geben müsse, so würden wir trotz unserer ersten Bedenken gegen diese Forderungen nicht zu denen gehören, die ihn deshalb tadeln könnten.“

Das ist gewiß sehr milde ausgedrückt, aber doch deutlich. Ein Johann Gottlieb Fichte hat einmal kräftiger in die Welt geschrien: „Handeln, handeln, das ist alles, worauf es ankommt!“

Das glauben auch wir. Ein Staatsmann, der zu derselben Zeit, da der Weltmotor mit nie gekannter Tourenzahl arbeitet und tausend der Menschheit lebendiges Leid weht, ein Staatsmann, der in diesem Augenblick kein anderes Programm hat, als „jeht nicht, jeht noch nicht“, der kommt notwendigerweise unter den Schlitzen der Entwicklung. Sein Nichtstun wird sein Verhängnis. Aber mit ihm häßt unter Umständen das Volk, dem er verantwortlich ist. Vor uns wird keine Wallensteinische Trögödie von Anno dazumal auf-

geführt, sondern wir selbst sind die Mitspieler. Den, und unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß durch die Zauderpolitik eines Mitspielers kein Schaden geschieht.

## Die Entente hofft auf Rußland.

Kopenhagen, 27. März. Die Blätter melden aus Petersburg: Am vergangenen Abend stifteten die Vorkämpfer der Alliierten der neuen russischen Regierung einen amtlichen Besuch ab. Der englische Vorkämpfer Buchanan hielt namens der Erschienenen eine Ansprache. Er begrüßte die neue Aera des Glücks, des Fortschritts und der Ehre, die für Rußland begonnen habe, und forderte Rußland auf, mehr als je die Aufmerksamkeit auf den Krieg zu lenken. Er sprach dann die Hoffnung aus,

daß das neugeborene Rußland vor keinem Opfer zurückschrecken werde,

um die Einigkeit mit den Alliierten zu stärken, damit ein endgültiger Sieg über Deutschland erreicht werden könne, ein Sieg für die großen Grundsätze der Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit und des Rechts der Nationalitäten, für die die Alliierten eingetreten seien.

Nach Buchanan sprachen der italienische und der französische Vorkämpfer in ähnlichem Sinne. Miljukow dankte und erklärte, die Aufgabe der provisorischen Regierung sei es, alle Kräfte des Landes zu organisieren zur gemeinsamen Arbeit für den Sieg. Er habe keinen höheren Wunsch, als dieses Programm durchzuführen. Die große Umwälzung habe diese Arbeit einige Tage aufgehalten. Sie sei nun aber auf allen Gebieten wieder aufgenommen.

## Die Bewegung gegen den Krieg.

Amsterdam, 26. März. „Telegraaf“ meldet aus Petersburg: Nach kurzer Beratung zwischen dem Kriegsminister und dem General Kornilow wurde beschlossen, daß letzterer persönlich die Versammlungen des Ausschusses der Arbeiter- und Soldaten-Abgeordneten besuchen und den Abgeordneten klar machen müsse, daß sie zwischen Fortsetzung des Krieges und Unterwerfung unter Deutschland zu wählen haben, und daß ein Krieg unmöglich ist, wenn sie mit ihrer jetzigen Agitation unter den Soldaten fortfahren und das Volk auffordern, nicht auf die Kriegsanleihen zu zeichnen.

Wie aus dem Haag berichtet wird, soll Kornilow in einer Unterredung mit dem Korrespondenten des „Petit Parisien“ erklärt haben, der Geist der Armee werde allmählich besser und die Disziplin der Truppen kräftiger. Jeden Tag besuche er die Kasernen und spreche mit Soldaten und Offizieren. In Riga schworen in Gegenwart des Kriegsministers Gutschkow die Truppen der neuen Regierung den Fahneneid. General Dimitriew und einige Dumaabgeordnete beschwören die Regierung, über Rußland und die Freiheit zu wachen. Es müsse dem Feinde die volle Macht des russischen Volkes gezeigt werden.

Aus einer ganzen Reihe von Meldungen geht hervor, daß angeregte Bemühungen stattfinden, der Regierung die Armee beizugehen zu sichern und durch Kundgebungen aus den Reihen der Truppen, die der Regierung Miljukows zusagen, auf das übrige Heer und das Volk im Ganzen einzuwirken. Daß die Erklärung zur Regierungstreue der Weigerung für den Krieg bis zum Siege den Weg bereiten soll, läßt sich aus der Fassung einzelner Meldungen deutlich verspüren, z. B. aus der folgenden:

London, 27. März. Reuter meldet aus Petersburg: Die Wolynski-Garde, das erste Regiment, das sich der Revolution angeschlossen hatte, ist nach dem zarischen Palast marschiert, um die Regierung seiner Treue zu versichern und auf die Notwendigkeit hinzuweisen, den Krieg bis zum Siege fortzuführen. Die Musikkapelle spielte die Marschmusik. Rote Fahnen im Zuge trugen die Aufschrift: „Verratet nicht die Kameraden in den Kampfgräben und macht Geschosse!“ Einige Bajonetten versuchten sich Gehör zu verschaffen, was ihnen aber nicht gelang.

## Die Bearbeitung der russischen Fronten.

Stockholm, 27. März. Der russische Befehlshaber an der Rigaer Front erließ folgenden bezeichnenden Armeebefehl:

Soldaten, Ihr werdet von Espionen des Feindes, die sich russische Uniformen verschaffen, aufgefordert, den Gehorsam zu verweigern und den Krieg gegen Deutschland einzustellen, welches gegen Rußland nichts Böses vorhabe. Gerüchte von einer Gefangenennahme einer aus Petersburg abgeordneten Abordnung sind unwahr, von Petersburg ist überhaupt keine Delegation abgereist. Der starke Feind wartet nur die Schwächung des russischen Heeres ab, um im geeigneten Augenblick über uns herfallen zu können. Glaubt nicht den Verrätern des Volkes, die in Militäruniformen diesen Geist ausäßen. Auf Eurer Klugheit und Standhaftigkeit beruht Rußlands Zukunft. gez. Radlo Dimitriew.

Aus offiziellen Petersburger Meldungen geht hervor, daß einige Duma-Abgeordnete im Auftrag der Interimsregierung nach verschiedenen Fronten abreisen. Der Aufbruch Radlo Dimitriews deutet, wie die „Frankfurter Zeitung“ bemerkt, darauf hin, daß die sozialistische Friedenspropaganda im Heere einen großen Umfang annimmt. Um sie einzudämmen, verdrängte der General alle Deutschen als Espione.

## Wann kommt die Konstituante?

H Haag, 27. März. Aus Paris wird berichtet: Aerenzi erklärte dem Korrespondenten des „Petit Parisien“, daß die Lage noch immer ernst sei, aber wie er glaube sei der kritische Punkt scharfer Konflikte vorüber. Binnen weniger Tage werde die vorläufige Regierung feierlich vor dem russischen Volke den Eid ablegen, daß sie den Auftrag der Duma treu erfüllen werde. Die Wahlen für die konstituierende Versammlung würden stattfinden, sobald die Umstände es gestatteten. Ein bestimmtes Datum sei jedoch noch nicht zu nennen. Die Frauen würden an diesen Wahlen nicht teilnehmen. Das Arbeiterkomitee habe fünf Mitglieder angewiesen, die Handlungen der heutigen Regierung zu kontrollieren, nämlich Tschelise, Sielkow, Stobelew, Souchanow und Philippowski.

Wie Reuter meldet, hat die provisorische Regierung erklärt, die konstituierende Versammlung werde in Petersburg abgehalten werden. Die „Agenzia Stefani“ dagegen gibt die Petersburger Meldung vom 26. März aus, die konstituierende Versammlung werde, wie endgültig bestimmt sei, nach Moskau einberufen werden. Das Wichtigste, der Zeitpunkt der Einberufung, steht aber auch nach dieser Meldung, die der „L.A.“ übermitteln, nicht fest. Da heißt es nur, die Versammlung werde „wahrscheinlich“ auf Ende April einberufen.

## Ueberall Anerkennung der provisorischen Regierung.

Petersburg, 26. März. (Reutermeldung.) Berichte aus Taschkent besagen, daß die Sarten, Tataren und Kirgisen sich der russischen revolutionären Bewegung angeschlossen haben. Große Festlichkeiten werden abgehalten, um den Ausdruck der Freiheit zu feiern. Städte und Dörfer sind besetzt; Dankgottesdienste werden in allen Moscheen abgehalten. Eine ungeheure Menge von Eingeborenen, deren Zahl auf 200 000 geschätzt wurde, hat in den verschiedensten Nationaltrachten an einer Kundgebung teilgenommen. Große Begeisterung erlosb sich, als General Kuropatkin als Vertreter aus dem russisch-japanischen Kriege eine Ansprache an die Menge hielt. Aehnliche Szenen haben sich in Omsk abgespielt.

Amsterdam, 27. März. „Algemeen Handelsblad“ meldet aus Petersburg: Kriegsminister Gutschkow hat Telegramme aus Wladivostok und Archangelst erhalten, in denen mitgeteilt wird, daß die Garnisonen in diesen Häfen, die sibirische Flotte und die Flotte im Eismeer die provisorische Regierung anerkannt haben.

## Revolutionskundgebungen.

London, 27. März. Reuter meldet aus Petersburg vom 26. März, daß ungefähr sechshundert Maschinengewehre, die an verschiedenen Stellen der Stadt aufgestellt waren, entdeckt worden sind.

Bei der ersten Vorstellung in der Oper nach der Revolution hielten zwei Mitglieder des Exekutivkomitees der Duma von der früheren kaiserlichen Loge aus Ansprachen an die Anwesenden. Auch Mitglieder des Kabinetts und Arbeiter- und Soldaten-Abgeordnete hielten Reden.

Eine große Schar von Bauern, Soldaten und Arbeitern begab sich unter Abkündigung von Liedern nach Zasnaja Alhana und schickte an die Witwe Tolstois eine Abordnung, um sie im Namen des russischen Volkes zu grüßen und zu bitten, sich mit Tolstois Bild der Menge zu zeigen. Als die Gräfin erschien, sanken alle singend auf die Knie.

## Die Revolution in Estland.

Stockholm, 27. März. Ueber den Verlauf der Revolution in Estland erfährt der Korrespondent der „Frankf. Zig.“: Die Unruhen in Reval begannen am 14. d. M. mit großen Arbeiterversammlungen und Streiks in sämtlichen Werkstätten, eine Anzahl Gebäude wurden gestürmt, das Gouvernements- und Polizeigebäude wurde zerstört, die Alten auf der Straße verbrannt. Am 15. gelang es der zusammengeworfene Bürgermiliz, die Ordnung in den Straßen einigermaßen wiederherzustellen. Am Freitag trafen zwei Tamamitglieder ein. Diese versprachen, daß die Polizei an die Front geschickt und der gesamte Grundbesitz des Kaiserhauses, des Staates und der Kirche unter der Bevölkerung verteilt werde. In der Flotte waren die von Kameraden aus Kronstadt und Sweaborg erhaltenen drahtlosen Nachrichten von dem Ausbruch der Revolution in Petersburg das Zeichen zu Gewalttaten gegen die Offiziere. Der Kommandant der Flotte wurde am Kopf verpunktet. Die Ruhe ist wiederhergestellt.

## Das russische Beispiel.

Nach der „Times“ vom 17. März erklärte im Unterhaus der Liberale Collins: Wir sollten das russische Beispiel beherzigen. Die Revolution ist dort ausgebrochen infolge des Mangels an Transportgesellschaften und Lebensmitteln, und diese Ereignisse waren die Folge davon, daß man zu viele Männer aus den produktiven Berufen genommen und ins Heer eingestellt hat. Das Gepensel des Hungers geht durch die Welt, wir müssen vor ihm auf der Hut sein, um einen unehrenhaften Frieden zu vermeiden. Die Regierung muß dafür sorgen, daß Landwirtschaft und Schiffbau die nötigen geschulten Arbeitskräfte behalten.

## Der Krieg auf den Meeren.

### Die Möwenpreise Appam.

Washington, 26. März. (Reutermeldung.) Der oberste Gerichtshof hat die sofortige Uebergabe der Appam an die britischen Eigentümer angeordnet.

### Auch schwach bewaffnete Handelsschiffe sind neutralitätswidrig.

Haag, 27. März. Der Haager „N. C.“ meldet: Es ist bekannt geworden, daß die amerikanische Regierung vor kurzem die niederländische Regierung befragte, ob sie bewaffnete amerikanische Kauffahrteischiffe in niederländischen Häfen zulasse. Die amerikanische Regierung war dabei der Ansicht, daß schwach bewaffnete Kauffahrteischiffe in neutralen Häfen zugelassen werden sollten. Die niederländische Regierung antwortete, daß nach den niederländischen Neutralitätsbestimmungen fremde bewaffnete Kauffahrteischiffe den Kriegsschiffen gleichgestellt würden und daher nicht in niederländischen Häfen zugelassen werden könnten.

Nach weiteren Ausführungen sagt das Blatt: Aus allem, was bis jetzt bekannt geworden ist, geht hervor, daß die niederländische Regierung irgend welche Änderungen in den Neutralitätsbestimmungen nicht vornehmen wird.

Rotterdam, 26. März. „Ransbode“ meldet, er habe erfahren, daß die englische Regierung sich weigert, die niederländischen Schiffe in Halifax zu untersuchen. Sie würden wieder einen Hafen in England anlaufen müssen. Es sind infolgedessen einige Getreideschiffe, die im Begriff waren, nach Amerika anzufahren, in Rotterdam geblieben.

## Seesperre und Versenkungen.

Kristiania, 27. März. Einem Telegramm an das Ministerium des Meeres zufolge ist der in Kristiania beheimatete Dampfer Grenmar am Sonnabend durch Geschützfeuer versenkt worden.

Nach einem Telegramm aus Cherbourg ist der Dampfer Dugit von einem deutschen Unterseeboot versenkt worden.

Nach einem Telegramm aus Liverpool ist der Dampfer Korones am 24. März vor Bradsh Island (Wales) von einem deutschen Unterseeboot versenkt worden. Der Dampfer war von St. Malo nach Liverpool unterwegs.

Wie das Ministerium des Meeres mitteilt, ist am 22. März der norwegische Bark Sirius, mit einer Ladung Korn von Buenos Aires nach Nyborg unterwegs, von einem deutschen Unterseeboot in die Luft gesprengt worden. Zwei an Bord befindliche dänische Vebtränge sind gerettet worden.

Stavanger, 26. März. Ein Telegramm an die Reederei meldet, daß ein zweites Boot von dem Stavanger Dampfer Egenäs nach Peterhead eingebracht worden ist. In dem Boot befanden





sich zwei Zeichen. Man meint, daß in dem Boot fünf Mann gewesen seien, das Schicksal der drei anderen ist unbekannt.

**Amsterdam, 26. März.** Wie ein hiesiges Blatt aus Rotterdam meldet, ist man dort um den Landdampfer *Charlois* der *American Petroleum Co.* in Sorge, der am 1. März von Halifax nach Rotterdam ausgefahren ist. Das Schiff müßte längst in Rotterdam angekommen sein, man hat aber seit der Abreise nichts von ihm gehört.

**Kopenhagen, 27. März.** Nach einer Meldung der „Nationaltidende“ aus Bergen hat der Fischereidirektor für Norwegen die Aufmerksamkeit der Regierung darauf gelenkt, daß die deutsche Sperrzone im nördlichen Eismeer die Fischerei an der Finnmarkenküste im Eismeer erschwere. Allein das Ergebnis der Finnmarkenfischerei habe im Vorjahre 18 Millionen Kronen eingebracht.

### Die Lehre der Danton-Versenkung.

Der Pariser „Kappel“ bespricht den verschärften U-Boot-Krieg, besonders anlässlich der Versenkung des *Danton*, die einen großen Verlust bedeute. Man müsse hoffen, daß die alliierten Regierungen alle Maßnahmen getroffen hätten, um besonders die Stützpunkte der U-Boote, die so weit von der Basis operieren könnten, ausfindig zu machen und zu vernichten. — *Herold* „Victoire“ schreibt, nichts widerstehe der Kraft eines Torpedos. Ein deutsches U-Boot könne selbst am hellen Tage einem eskortierten Kreuzer den Todesstoß versetzen. Dies sei die Lehre, die sich aus dem Untergang der *Danton* ergebe.

### Die ungenügenden französischen Schiffsverluststatistiken.

**Zürich, 27. März.** Die Pariser „Radical“ fordert von der Regierung Klarheit über die bisherigen Wirkungen des Unterseebootkrieges und die Wirksamkeit der Abwehrmaßnahmen. Die amtlichen englischen und französischen Statistiken seien durchaus ungenügend, denn man ersehe daraus nicht, was für ein Tonnengehalt versenkt worden sei. Auch über die neutralen Verluste sei Klarheit zu geben. Nicht nur gut daran, nichts zu verheimlichen. Immerhin, sagt die „Radical“, bezeichnen die bekanntgegebenen Ziffern den starken Rückgang im Handelsverkehr, besonders infolge des Fehlens der neutralen Schifffahrt wegen der U-Boot-Gefahr. So erfährt man, daß die Vereinigten Staaten seit Beginn des verschärften U-Boot-Krieges einen Ausfall von 42 Millionen in der Einfuhr und von 147 Millionen in der Ausfuhr zu verzeichnen haben. Wenn man die Statistik des Bureau Veritas für Februar zur Hand nimmt, erfährt man, daß es auf Grund der amtlichen Statistiken für Anfang März den Alliierten noch nicht gelungen ist, der Entwicklung des U-Boot-Krieges Einhalt zu gebieten. Die Feststellungen sind dazu angetan, die Öffentlichkeit ernstlich zu beunruhigen.

### Von der Verlegungsfront im Westen.

**Berlin, 27. März. (M. Z. B.)** In dem von den Deutschen geräumten Gelände kommen Engländer und Franzosen nur im langsamsten Tempo vorwärts. Hinter ihnen wie vor ihnen häufen sich die Schwierigkeiten. Geschütze und schwere Bagagewagen bleiben stecken und halten dadurch ganze Kolonnen auf, die langsam im Morast zu versinken beginnen und nur durch unerhörte Anstrengungen wieder flott gemacht werden können. Die Truppen, die nirgends Unterkunft finden, werfen sich abends trotz Müde und Kälte erschöpft zum Schlaf auf den morastigen Grund. Nach Gefangenenaussagen ist die Stimmung der Leute, die hofften, endlich aus dem Schlamm der Sommestellung herauszukommen, verzwweifelt. An der Front aber macht sich der deutsche Widerstand immer stärker geltend. Dabei sind diese Rücksichten jedoch nie zu fassen. Nachdem sie den Engländern bei Lagnicourt und Reisel mehrmals wieder verlustreichen Aufenthalt bereitet und sie aus beiden Dörfern mehrmals wieder hinausgeworfen hatten, gaben sie noch, sobald starke Kräfte nach ausgiebiger Artillerievorbereitung mit Unterstützung einer Anzahl Panzerkraftwagen zum Angriff vorgingen. Sichtlich der Sonne ist die Lage unverändert, da die Franzosen seit dem deutschen Gegenstoß bei Craucourt am 25. März sich nicht weiter vorwagten. Hier gemachte Gefangene, deren Zahl sich auf 120 erhöhte, sagten aus, daß die Angriffsziele am 25. erheblich weiter gesteckt waren, als sie bis heute erreicht sind.

### Feindliche Kriegsberichte.

**Französischer Heeresbericht vom 26. März nachmittags.** Zwischen Somme und Duse erneuerten die Deutschen während der Nacht mehrere Male ihre Angriffe auf der Front Esigny-Benay. Alle diese Versuche wurden durch unsere Feuer abgehalten oder durch Gegenangriffe abgelenkt. Den Feinden wurden erhebliche Verluste zugefügt. Wir haben die besten eroberten Stellungen vollständig bebaut. Südlich der Duse wurde unter Vormarsch trotz der Beschaffenheit des Geländes und des schlechten Wetters fortgesetzt. Wir schoben unsere Patrouillen über Folembroy südlich vom unteren Walde von Couch hinaus vor. Nördlich von Reims brachte das Feuer unserer Batterien ein feindliches Munitionslager östlich vom Gehöft Godat zur Explosion. An der übrigen Front war die Nacht ruhig.

**Vom 26. März abends.** Nördlich der Somme keine wesentlichen Ereignisse. Zwischen Duse und Somme setzten unsere Artillerie feindliche Truppenansammlungen zwischen Benay und Arvillers. Südlich der Duse haben wir wichtige Fortschritte gemacht. Im unteren Wald von Couch haben unsere Truppen trotz Geländeschwierigkeiten und heftigen Widerstands des Feindes Folembroy und Feuille besetzt. Nördlich von Soissons haben wir in der Gegend von Freugn gleichfalls Fortschritte gemacht. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

**Englischer Heeresbericht vom 26. März.** In der Frühe griffen wir das Dorf Lagnicourt nördlich der Straße Vopaine-Cambroy an, besetzten es und brachten 30 Gefangene und ein Maschinengewehr zurück. Der Feind machte am Nachmittag entschlossene Gegenangriffe von Osten und Nordwesten her. Ein dritter Angriff wurde von unserer Artillerie aufgefangen und konnte infolge dessen nicht zur Entwidlung gelangen. In der Nacht wurde ein Bombenangriff auf unteren Posten nördlich von Beaumey-le-Cambrai abgewiesen.

### Fliegerbomben auf Galatz.

**Bern, 25. März.** „Progrès de Lyon“ zufolge wurde am 23. März morgens Galatz von einem bulgarisch-deutschen Flugzeugeschwarm mit Bomben belegt. Angeblich wurde kein Sachschaden angerichtet.

### Kleine Kriegsnachrichten.

**Fliegerbomben auf Diederhosen.** Der französische Bericht meldet: In der Nacht zum 26. März warf ein französisches Geschwader 1000 Kilogramm Geschosse auf die Werke von Diederhosen und das Becken von Brien sowie auf die Bahnhöfe von Conflans und Montmedy.

**Die türkisch-deutschen Verträge.** Die türkische Kammer hat einstimmig bei Anwesenheit von 175 Abgeordneten die türkisch-deutschen Verträge und Uebereinkommungen genehmigt.

## Politische Uebersicht.

### Reichstag.

Die zweite Beratung der Steuergesetze.

Eine Anfrage des Abgeordneten von Calker, die er im Auftrage der Bevölkerungskommission des Reichstags an die Regierung richtete, wollte Aufklärung über Absichten der Regierung zur Verhütung von Geschlechtskrankheiten beim Rückfluten der Millionen von Soldaten in die Heimat nach Beendigung des Krieges. Die Auskunft der Regierung war ausweichend.

Das Haus trat sodann in die zweite Beratung der Steuergesetze ein, da nach Möglichkeit die neuen Steuern noch vor der Osterpause unter Dach und Fach gebracht werden sollen. Den Beginn machte Genosse David mit einer vorzüglichen allgemeinen Kritik der Kriegsteuergesetzgebung der Regierung, bei der sie wie auch jetzt wieder die Unterstützung der bürgerlichen Parteien findet. Jetzt sollen hauptsächlich Steuern auf den Verkehr und auf die Kohlen das große Loch stopfen. Wir schlagen statt dessen eine weitere Erhöhung des Zuschlags zur Kriegsteuer vor; die Regierung will zwar auch einen Zuschlag, aber nur von 20 Proz., während wir 33 1/2 Proz. wünschen. David verwies ferner auf die Erbschaftsteuer, die erhebliche Einnahmen für das Reich bringen könnte. Auch eine Reichseinkommensteuer bereitet sich vor.

Die Reden der bürgerlichen Vertreter von den Konservativen bis zu der Fortschrittlichen Volkspartei ließen erkennen, daß sie an dem zwischen ihnen zustande gekommenen Steuerkompromiß unter allen Umständen festhalten und jedes Zugeständnis in der Richtung der sozialdemokratischen Anträge ablehnen wollten, das ergab sich auch bei der Abstimmung. Eine Ueberraschung war die Haltung der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. Im vorigen Jahr hatte diese Partei bekanntlich die Kriegsteuer abgelehnt im Hinblick auf den „Verwendungszweck“. Obwohl dieser Zweck sich geändert hat, erklärte doch der Redner der Arbeitsgemeinschaft, daß seine Freunde dieses Mal für den Zuschlag stimmen würden. Genosse Reil quittierte über diesen „zwanzigprozentigen Fortschritt“ der steuerpolitischen Erkenntnis.

Zur Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs sprach als erster Redner unser Genosse Müller, der Nachfolger des verstorbenen Genossen Kühn. Genosse Müller wies in eingehender Kritik auf die Gefahr der Verkehrsbesteuerung hin, insbesondere durch die Besteuerung der vierten Wagenklasse, ferner durch die Besteuerung des Vorortverkehrs, die eine erhebliche Schädigung der Volksgesundheit in sich schließt. Er unterstrich dabei besonders, daß der Reichstagsausschuß für Bevölkerungspolitik und der Wohnungsausschuß durch einstimmigen Beschluß ihre schweren Bedenken gegen die Besteuerung des Vorortverkehrs geltend gemacht hätten.

Inmitten der Verhandlungen über die Steuergesetze erfolgte die am Tage zuvor zurückgestellte Abstimmung über den Antrag auf Vereinfachung des deutschen Eisenbahntarifs. Der Antrag fand bei einfacher (nicht namentlicher) Abstimmung eine stattliche Mehrheit im Hause.

### Die Nationalliberalen und das parlamentarische System.

Die „National-Zeitung“ schließt aus der Haltung des „Vorwärts“ in den letzten Tagen, daß bei der bevorstehenden Kanzlerdebatte im Reichstag ein scharfer Vorstoß der Sozialdemokratie zugunsten des parlamentarischen Systems erfolgen werde. Sie will nun untersuchen, wie sich die anderen Parteien zu diesem Problem der Stunde verhalten werden, und kommt dabei für die eigene Partei zu folgender recht kummerlichen Feststellung:

Bei den Nationalliberalen wird man, wenigstens zum Teil, eine grundsätzliche Anerkennung für die Bestrebungen nach dem Parlamentarismus voraussetzen können, wenn auch nicht für solche zeitliche Bedingungen, wie sie den Sozialdemokraten vorschweben.

Wir haben schon in anderem Zusammenhang gesagt, daß „grundsätzliche Anerkennungen“ gleichgültig und wertlos sind. Wir brauchen keine neuen Abhandlungen über die beste Regierungsform, sondern einen Entschluß des Reichstags. Schildert die „National-Zeitung“ die „Haltung“ (wenn der Ausdruck erlaubt ist) ihrer Parteigenossen richtig, dann setzt sich die Nationalliberale Partei dem Vortour aus, in einer Schicksalsstunde des deutschen Volkes national wie liberal gleichmäßig verfaßt zu haben.

### Es war nichts im Herrenhaus!

Zur Zeit, da Summi noch nicht beschlagnahmt war, gab es auf dem Leipziger Platz keine Männen zu kaufen, die wenn sie aufgeblasen wurden, mächtig anschwellen, dann aber wieder mit bangen Seufzertönen flüchtig zusammen schrumpfen. Genau so ging es mit der großen U-Boot- und Kriegszielaktion im preussischen Herrenhaus. Einige Oberbürgermeister hatten ihre Unterschriften zurückgezogen. Der Vizepräsident des Staatsministeriums v. Breitenbach beruhigte die Herren: alle tauglichen Kriegsmittel werden in ihrer vollen Kraft angewendet, um einen unser Dasein, unsere Freiheit und gesicherte Zukunft verbürgenden Frieden zu erkämpfen. Mehr werde doch das Herrenhaus nicht darüber reden wollen bei seiner oft betonten Achtung der kaiserlichen Kommando- und Regierungsgewalt. Aber man war damit doch nicht ganz befriedigt, sondern folgte einem Breitenbachschen Vorschlag (ganz wie im parlamentarischen System schlug die Regierung die geschäftliche Behandlung einer Sache vor) und überwies die ganze Geschichte einer Kommission, der u. a. Graf Voensbroech, Oldenburg-Januschau, Fürst Salm, v. Tirpitz, v. Meist usw. angehören. So wenig folgt das Herrenhaus seinem eigenen Hord, der sich über die Verschlebung der parlamentarischen Arbeiten in die Kommissionen beschwert hat.

Nach belangloser Erledigung einiger Petitionen vertagte man sich auf Mittwoch 1 Uhr zur Staatsberatung.

### Eine Frau als Regierungsvertreter!

Wo? In Australien? Neuseeland? Oder vielleicht schon in Rußland, das mit Siebenmillenstücken dem Frauenwahlrecht entgegen schreitet? Nein, wirklich im Deutschen Reich und im Deutschen Reichstag!

Das Ereignis war für den gestrigen Dienstag angekündigt. Eise Lüders, die dem Krieg samt angehört, sollte in der Kommission für Bevölkerungspolitik über Fragen der Arbeiterinnenbeschäftigung sprechen. Durch den Zufall einer Reise wurde der Vortrag um eine Woche verschoben. Die Vereine zur Verteidigung der Männerrechte haben also noch Zeit, einen Proteststurm gegen diesen drohenden Unsturz zu entfachen. Denn wenn es nun gar passierte, daß Eise Lüders Klinger

spräche als mancher Herr Abgeordneter oder sogar noch klüger als mancher männliche Regierungsvertreter, wären die Folgen gar nicht abzusehen.

### Vorlage eines Arbeitskammergesetzes.

Wie die „Liberale Korrespondenz“ erfährt, besteht unter den führenden Parteien des Reichstags der Wunsch, das Arbeitskammergesetz noch während des Krieges zustande zu bringen. Ein solcher Gesetzentwurf hat den Reichstag bereits mehrmals beschäftigt. Zuletzt scheiterte das Gesetz daran, daß die Reichsregierung nicht zustimmen wollte, daß Gewerkschaftssekretäre in die Arbeitskammern gewählt werden können.

### Religion und Sozialismus.

Zu diesem Thema, das zurzeit in christlichen Arbeiterkreisen lebhaft erörtert wird, schreibt man uns:

Eine recht eigenartige Stellung nimmt der Sozialismus zur Religion nach der Auffassung des Herrn P. Kunst ein, die er in einem am 26. März im Präsidialsaal des Abgeordnetenhauses von der „Vereinigung zur Förderung der evangelischen Arbeiterinnenbewegung“ veranstalteten Vortrag über den „Arbeiter und seine Religion“ vertrat. Die Religionslosigkeit breiter Schichten der Arbeiterschaft suchte der Vortragende auf die antireligiöse Tendenz des Sozialismus, der ja die Weltanschauung des Gros unserer deutschen Arbeiterschaft sei, zurückzuführen zu können. Vebels, Diebels, selbst Pannellochs Abfassungen über religiöse Fragen sollten zur Erhärtung dieser Behauptung dienen. Allerdings glaubt Herr Kunst, daß die Religion wieder den Arbeitern nahegebracht werden könne, wenn die Kirche recht gründlich umlernen würde. Er forderte hier praktische Arbeit an der Stelle leerer Worte. Die Kirche müsse sich der sozialen Frage annehmen und vor allen Dingen alles Antisoziale und Antifisoziale, was den Widerspruch und die Feindschaft der Arbeiter hervorzurufen könnte, vermeiden.

In der Diskussion wurde von christlicher Seite der Behauptung, der Sozialismus sei antireligiös, energisch widersprochen und namentlich scharf betont, daß von einer geschlossenen religionsfeindlichen Weltanschauung, die es dem Christen unmöglich mache, Sozialist zu sein, nicht die Rede sein kann.

### Der tiefere Sinn.

Zu dem von uns mitgeteilten Ausspruch des deutschradikalen Führers A. S. Wolf, daß „wir die 42 deutschen Sozialdemokraten (aus dem österreichischen Abgeordnetenhaus) einfach hinauswerfen werden“, teilt die Wiener „Arbeiterzeitung“ mit, es bestehe tatsächlich der Plan einer Geschäftsordnungsreform von außen her, wonach Abgeordnete etwa wegen Verletzung Außenverträge, also wegen Ausübung ihrer Amtspflicht, bis zu acht Wochen ausgeschlossen werden und bei Wiederpenstigkeit das Mandat und die Wählbarkeit verlieren sollen. . . .

Als 1897 die Mehrheit — nicht die Regierung — die Ausschließung für höchstens drei Sitzungen einführte und Polizei in den Saal rief, gab es in Wien einen Aufstand, dem jene Reform samt der Regierung zum Opfer fiel. Damals demonstrierten Arbeiter und Studenten für den Freiheitkämpfer A. S. Wolf. Er hat sich geändert. Die Sozialdemokraten, die damals mit ausgeschlossen wurden, haben diese Wankung nicht mitgemacht. Und das Volk ist schließlich auch noch da.

## Letzte Nachrichten.

### Die Großfürsten trichen zu Kreuze.

**Petersburg, 27. März.** Die Großfürsten Nikolaus, Rissakowitsch, Nikolaus, Michaelowitsch, Alexander, Michaelowitsch, Boris, Blabimirowitsch, Sergius, Michaelowitsch, Georg, Michaelowitsch, Demetrius, Konstantinowitsch, die Prinzen Gabriel, Konstantinowitsch und Igor Konstantinowitsch und der Herzog Alexander von Oldenburg sandten der provisorischen Regierung ein Telegramm, in dem sie sich vollständig der Anschauung angeschlossen, die in der von Großfürst Michael Alexandrowitsch unterzeichneten Abdankungsurkunde dargelegt ist. Gleichzeitig sprachen sie den festen Entschluß aus, die provisorische Regierung in jeder Weise zu unterstützen. Betreffend die Apanage-Güter der Großfürsten und Prinzen bräutten sie die Ansicht aus, daß diese in Uebereinstimmung mit der obengenannten Urkunde jetzt Staatseigentum seien.

Diplomatie — die Herren warten ihre Zeit ab, hoffentlich vergebens.

### Wilson für das Londoner Abkommen?

**Amsterdam, 27. März.** Der Londoner Korrespondent des „Allgemeinen Handelsblatts“ meldet, daß in den Vereinigten Staaten die Kriegsstimmung zunehme und daß die Regierung einen allgemeinen Jubelzug zu der Armee, die sie aufzustellen beabsichtige, erwarte. Es bestehe kein Zweifel mehr über die Art der Teilnahme Amerikas am Kriege. Der Washingtoner Korrespondent des „Daily Chronicle“ meldet, es sei jetzt sogar wahrscheinlich, daß der Präsident sich der Entente anschließen und das Abkommen, seinen Sonderfrieden zu schließen, mit unterzeichnen werde.

### Die Regimenter der Revolution.

**Bern, 27. März.** Justizminister Kereński erklärte dem Petersburger Mitarbeiter des „Polit Pariser“, daß die Regimenter, die nach Petersburg gekommen waren, um an der Revolution teilzunehmen, in ihre Garnison zurückgeschickt werden, unter der Bedingung, daß diese Truppen ihre Offiziere und außerdem Komites wählen, die mit dem Zentralkomitee in Fühlung bleiben sollen.

### Streik englischer Kriegsbedarfsarbeiter.

**Rotterdam, 27. März.** „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Bonar Law teilte in der gestrigen Sitzung des Unterhauses mit, daß infolge einer Herabsetzung der Löhne der Arbeiter in den Widderschen Maschinenfabriken in Barrow in Furness (Lancashire) ein Ausstand entstanden sei.

### Explosion in einer englischen Munitionsfabrik.

**London, 27. März.** Das Gesundheitsamt meldet: Heute früh ereignete sich in einer Munitionsfabrik in Nordengland eine durch Zufall verursachte Explosion; es wurde kein erheblicher Schaden angerichtet. Eine Person wurde getötet, neun wurden verletzt, davon drei schwer.

### Nordverjud und Selbstmord.

In seinem einundzwanzigsten Geburtstag erschöpfte sich in der Kugener Str. 12 der Landsturmann Walter Bunde nach einem mißlungenen Anschlag auf eine Frau Margarete Ruffel. Das Motiv der Tat ist verhältnismäßig. Bunde verfolgte die Frau A. seit längerer Zeit mit Liebesanträgen, ohne Gehör zu finden. Als sie sich weigerte, seinen Geburtstag mit ihm zu verbringen, suchte er Frau A. in der Wohnung ihrer Mutter auf, wo er das Alientat verübte, nach dessen Wirlingen er sich erschöpfte.

# Gewerkschaftliches.

## Berlin und Umgegend.

**Tariffändigung für die Wästerbranche der Damenkonfektion.** Am Montag nahm eine Versammlung zu der Frage der Tariffändigung Stellung. Der Tarif für diese Branche läuft noch bis zum 1. Juli, der Kündigungstermin wäre der 1. April. Der jetzt noch geltende Tarif sieht für Arbeiterinnen Mindestlöhne von 28 M. vor, steigend bis 38 M., je nach der Dauer der Beschäftigung. Der Tariflohn für die Arbeiter ist mindestens 40 M., steigend bis 42 M. Diese Löhne gelten für eine neunstündige Arbeitszeit. Augenblicklich gilt die verkürzte Arbeitszeit nach der Streckungsverordnung. — Wie in der Versammlung festgestellt wurde, wird der Lohn auch jetzt noch um die nach der Streckungsverordnung zulässigen 10 Prozent vergrößert.

Die Versammelten erklärten sich damit einverstanden, daß der Tarif gekündigt wird. Als Forderungen für die Neuregelung kommen die in den anderen Branchen bereits durchgesetzten Forderungen in Betracht, nämlich die Zahlung des vollen Tariflohns auch bei der verkürzten Arbeitszeit, und eine Lohnzulage von 25 Proz. nach Aufhebung der Verordnung über die verkürzte Arbeitszeit.

Angeregt wurde noch, daß die Kolleginnen und Kollegen in Betrieben, wo sie gut organisiert sind, schon jetzt versuchen möchten, bei der verkürzten Arbeitszeit den vollen Tariflohn zu bekommen. Es wurde darauf hingewiesen, daß auch in der Damen-Wäscheindustrie teilweise schon im vorigen Herbst der volle Lohn gezahlt wurde, also lange vor der neuen generellen Regelung in der erwähnten Branche.

## Jahresbericht der Kupferschmiede.

Nach dem Bericht, den der Geschäftsführer Kühne der Berliner Zählstelle in einer Versammlung gab, zählte die Zählstelle am Anfang des Jahres 473 und am Schluß 482 Mitglieder. Der Arbeitsnachweis florierte sehr gut und wurden den 426 eingeschriebenen Kollegen 303 Stellen übermittelt. Die übrigen reisten ab.

Die Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse bilanzieren mit 43 551 M.; für Arbeitsunterstützungen wurden allein 13 348 M. verausgabt. Die Lokalkasse folgte mit 18 982 M. in Einnahmen und Ausgaben ab. Die Weihnachtsgaben für die Arbeiterinnen betragen 744 M. Ausgaben, für Liebesgaben der im Felde stehenden Kollegen wurden 518 M. aufgewendet, dem Widerstandsfonds konnten 432 M. überwiesen werden.

## Aus der Schlichtungskommission für Militärschneider.

### Er braucht nichts zu wissen!

Ein Kläger klagt gegen eine Firma, die einen Betrag für das „Einrichten“ der Arbeit in Auftrag gebracht, aber das Einrichten trotzdem von dem Kläger hatte erledigen lassen. Der Vertreter der Beklagten sagte aus, er könne nicht wissen, daß dies nicht gescheit sei.

Kunze vom Schneiderverband: „Es zeugt aber von großer Unkenntnis der einschlägigen Bestimmungen, wenn der Vertreter der Beklagten das nicht wußte. Von einem Vertreter, der vor Gericht die Klage vertritt, sollte man wohl verlangen können, daß er mit der Materie vertraut ist.“

Vertreter: „Das brauche ich nicht zu wissen!“

Magistrat v. Schulz: „Doch, das müssen Sie wissen, wenn Sie hierher kommen. Auch nachahen müssen Sie, es fragt sich bloß, wieviel. Es müßte aber auf Grund der beiderseitigen Bücher festgestellt werden, wie hoch die strittigen Posten sich belaufen, wenn die Herren nicht vorziehen, sich hier sofort zu einigen.“ Dies geschieht, und der Kläger erhält 25,85 M. nachgezahlt.

### Ein ganz Schläuner.

Ein Zwischenmeister klagte gegen seinen Vorderunternehmer auf Nachzahlung von Prozente, die er noch zu fordern habe. Kläger sowohl als seine Frau erschienen in eleganter Aufmachung.

Der Beklagte wandte ein, daß der Kläger ihm schriftlich die Verfertigung gegeben habe, daß er nicht Zwischenmeister sei, andernfalls hätte er ihn nicht beschäftigt. Sordor habe der Kläger auch nie etwas verlangt, jetzt, wo er, Beklagter, sein Geschäft geschlossen habe und beim Militär stehe, komme dieser mit solchen Forderungen.

Es stellt sich bei der weiteren Verhandlung heraus, daß der Kläger sechs bis sieben Leute und zwar im Wochenlohn beschäftigt hat.

v. Schulz: „Wie kommen Sie denn dazu? Das versteht doch gegen die Verordnung! Sie dürfen nicht in Wochenlohn arbeiten lassen.“

Beifiger Eder: „Es wäre interessant zu hören, was der Kläger eigentlich seinen Leuten gezahlt hat.“

Kläger: „Ich habe gut bezahlt, eine Stepperin hat 24 M. Lohn erhalten.“

Ein Arbeitgeberbeifiger: „Pro Tag?“

Kläger: „Rein, aber pro Woche.“

Arbeitgeberbeifiger: „Ein fabelhafter Lohn.“

Kläger: „Na, ich kann ja den Leuten noch was nachzahlen.“ (Heiterkeit.)

v. Schulz: „Das dürfte sich wohl jetzt noch schwer feststellen lassen, was jeder erhalten hätte. Jedenfalls: Sie bekommen überhaupt nichts mehr heraus. Wollen Sie die Leute hierher schicken, gut, aber Sie selbst erhalten nichts.“

Vertreter des Bekleidungsamtes: „Sie können übrigens noch bis zum fünftägigen Betrag der Summe bestraft werden, denn Sie haben direkt vertragsmäßig gehandelt.“

Kläger: „Dann hat der das Geld eingesteckt, und ich habe umsonst gearbeitet.“

Beifiger Sabaß: „Was nützen alle schönen Gesetze, wenn sich niemand darum kümmert. Sie wollen Ihrem Auftraggeber noch Vorwürfe machen, wir können Ihnen aber mit viel mehr Recht solche machen.“

v. Schulz: „Nehmen Sie die Klage zurück?“

Kläger: „Ja kann nicht.“

v. Schulz: „Ja, Sie haben nichts mehr zu bekommen, schicken Sie Ihre Leute her.“

Kläger zu seiner Frau: „Was sagste du?“ — (Zum Beklagten): „Na, ich schenke Ihnen das Geld!“

v. Schulz: „Von Schenkungen kann keine Rede sein.“

# Aus der Partei.

Niel steht jetzt zur Partei. Der sozialdemokratische Ortsverein Groß-Niel hat gegen einige Stimmen eine Resolution angenommen, in der es heißt:

Die Hauptversammlung bedauert auf das tiefste die bereits vollzogene organisatorische Abspaltung der unzulässigen Anhänger der Opposition und ist sich der Gefahr bewußt, daß sich als Sozialdemokraten aller Richtung zu bezeichnen. Von allen anderen noch am Orte vorhandenen Mitgliedern erwartet sie, daß diese unserer altbewährten und sturmreife Organisation die Treue halten, ausgehend von der unerschütterlichen Erkenntnis, daß unter voller Wahrung der freien Meinungsäußerung nur einmütiges und geschlossenes Handeln die Sozialdemokratie auf

ihrem gewohnten Siegeslaufe vorwärts und dem Bürgerfrieden näher bringen kann.

Der sozialdemokratische Verein in G e m e l i n g e n (bei Bremen) nahm dagegen eine Resolution an, die sich für die Opposition gegen die „Bremer Bürgerzeitung“ sowie gegen die Haltung des Bezirksvorstandes ausdrückt.

# Aus Industrie und Handel.

## Ein Sieg Petzschs vor Gericht.

Der bekannte nordwestböhmische Braunkohlenbergwerksbesitzer Petzsch verlor vor dem Reichsgericht in Berlin eine herrschende Stellung in der deutschen Braunkohlenindustrie einzunehmen. In der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie hat er seinem Wort durch Abschluß langfristiger Lieferungsverträge und durch Kapitalbeteiligungen Gewicht verschafft. Im Niederlausitzer Bezirk stehen mehrere Kohlenhandelsgesellschaften, wie die Deutsche Kohlenhandels-Gesellschaft, die Firma Wulff u. Co. und die Firma August Burg unter seinem Einfluß. Jetzt ist es der Petzschgruppe gelungen, das Niederlausitzer Erleichterungssyndikat auf gerichtlichem Wege zu bedrohen. In der ersten Instanz ist auf die Auflösung dieses Syndikats erkannt worden. In der von Petzsch inspirierten Klage wird geltend gemacht, daß der letzte Verlängerungsbescheid nicht in das Handelsregister eingetragen worden sei, die Niederlausitzer Erleichterungsgesellschaft also gar nicht zu Recht bestünde und daß die Knappe Mehrheit der Gesellschaft besondere Verkaufsverträge geschlossen hat. Außerdem schweben zwischen der Firma Wulff und dem vorläufig im gerichtlichen Verfahren unterlegenen Syndikat fünf Prozesse, bei denen es sich darum handelt, daß die Firma Wulff, die vertraglich bestimmte Höchstmenge jederzeit verlangt, das Syndikat aber eine allmähliche Steigerung der Lieferungsanprüche dieser Firma während der Vertragsdauer von 1912 bis 1920 annimmt.

## Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die C. Lorenz Akt.-Ges. kommt wieder mit einem blenden Abschluß heraus. Bei einem Aktienkapital von 4,5 Mill. Mark wird nach Absetzung von 500 000 M. für ein Friedenswirtschafts-Übergangskonto und der nicht bezifferten Rücklage für die Kriegsteuer ein Reingewinn von 2,2 Mill. Mark (im Vorjahre 1,8 Mill. Mark) angesetzt. Das Dividende beträgt wie im Vorjahre 35 Proz., obwohl das Aktienkapital von 3 Mill. Mark auf 4,5 Mill. Mark erhöht worden ist.

## Erhöhung der Preise.

In der Eisenindustrie finden neue kräftige Preiserhöhungen statt, deren genaue Höhe nicht angegeben wird. Auch der Zinkhütten-Verband verlangt eine Heraufsetzung der Höchstpreise für Zink.

## Holland rüstet sich zum Konkurrenzkampf.

Die mit dem Kriege eingetretene Notwendigkeit, sich mit der Befriedigung des Bedarfs vieler Erzeugnisse selber zu helfen, so gut es eben geht, hat in Holland eine lebhaftige Bewegung zustande gebracht, die dahin zielt, auf dem belebten Wege nach dem Kriege weiterzufahren. Der nach dem Kriege zu erwartende verschärfte Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt hat auch die Handelskreise stark für die Bewegung interessiert. Das vorläufige Resultat dieser Propaganda war die der Leipziger Messe nachgebildete Jahresbörse für Utrecht. Sie war von der Regierung finanziell unterstützt und bot ein natürlich nicht vollständiges, aber doch ein respektables Bild des Wollens und Könnens des kleinen Landes auf industriellem Gebiet. Der äußere Erfolg war jedenfalls groß; um den Wettstreit auch künftig zu fördern und das Interesse der Käufer wachzuhalten, plant man, die Börse jedes Jahr zu wiederholen. Von den 670 Ausstellern der ersten Jahresbörse haben sich bereits in der ersten Einmalungsbörse 455 für eine Wiederholung im nächsten Jahre ausgesprochen und sich mit belangreichen Summen zum Garantiefonds verpflichtet.

Inwiefern die junge Industrie in normalen Zeiten sich als konkurrenzfähig erweisen wird, muß sich erst zeigen. Immerhin ist mit der Tatsache zu rechnen, daß Holland allen Ernstes sich auf den Wettbewerb vorbereitet.

Die ausländischen Zahlungsmittel sind leider auch wieder am Dienstag gestiegen. Diese Steigerung erstreckt sich auch — wenn auch nur mit 5 Pf. — auf das türkische Pfund.

# Soziales.

## Siedlungs- und Wohnungsfürsorge für heimkehrende Krieger.

Auf eine Einladung des Ministers der öffentlichen Arbeiten fand kürzlich in Berlin eine Besprechung statt zwischen Vertretern des Stadttages, von Siedlungsvereinen, Wandvereinen, des Reichsausschusses der Kriegsschädigtenfürsorge und einer Reihe von Behörden. Es wurden in der Hauptsache zwei Fragen beraten. 1. Wie ist der Wohnungsplan für Kleinwohnungen, namentlich auf südlichem Gebiete zu gestalten? 2. Welche Erleichterungen für den Bau des Kleinwohnhauses können in den baupolitischen Bestimmungen besonders der Städte gewährt werden? Beide Fragen zielen auf eine Vereinfachung und Verbilligung des Wohnens im Kleinwohnhaus hin. Durch zweckmäßige Gestaltung des Bauplanes ist es möglich, an Gelände- und Straßenaufkosten erheblich zu sparen. Eine Ermäßigung der baupolitischen Anforderungen führt beim einzelnen Bau zu zahlreichen kleinen Verbilligungen, deren Summe für die Gesamtaufkosten eines Kleinwohnhauses erheblich ins Gewicht fällt. Die Vereinfachungs- und Verbilligungsmaßnahmen, welche diese Beratung gezeitigt hat, sollen alsbald den nachgeordneten Behörden zugehen, deren Aufgabe es sein wird, ihnen weitestgehende Beachtung und Anwendung zu verschaffen.

Som österreichischen Hilfsdienst. Durch eine Verordnung werden nunmehr endlich für die unter dem österreichischen Kriegsdienstgesetz Beschäftigten Beschränkungen in der Ausübung ihrer Tätigkeit festgelegt. Sie sollen vor der Entscheidung gütliche Vermittlung versuchen, ihre Entscheidungen sind rechtsverbindlich, unanfechtbar. Für die Auflösung des Arbeitsverhältnisses werden ähnliche Bestimmungen wie im deutschen Gesetz getroffen, auch die Zusammenfassung der Kommissionen ist entsprechend. Die Parteienvertretung durch Berufsvereinigungen ist ausdrücklich zugelassen. Der Strafmaß für Unternehmern (bis der Ausdruck der Verordnung, nicht „Arbeitgeber“) und ihre Beamten geht bis 20 000 Kr. oder Arrest bis zu 3 Monaten, für Arbeitnehmer und Beschäftigte der zwangsweisen Durchführung in den Betrieb Arrest bis zu 3 Monaten oder Geldstrafe bis 1000 Kr. Die Kommissionen können auch von Amts wegen die Lohn- und Arbeitsbedingungen regeln. Bei Frauen gelten auch vorgeschriebene Schwangerschaft, Selbstkillingen sowie mütterliche und Familienpflichten als wichtige Gründe zur Lösung des Arbeitsverhältnisses. Die Dienstfähigkeit kann bei den Verhandlungen der Kommissionen ausgeschlossen werden bei Gefahr der

Befähigung der Stillschließung oder sonstiger Interessen oder bei Verletzung einer Störung der Verbindung, einer Erziehung der Sachverhaltsdarstellung oder der Preisgebung von Betriebsgeheimnissen durch Mißbrauch der Öffentlichkeit. Aus nichtöffentlichen Verhandlungen darf nichts veröffentlicht werden.

Durch diese Verordnung werden auch die in Militärlieferungsbetrieben arbeitenden Frauen und Arbeiter über 55 Jahre unter das Kriegsdienstgesetz gestellt, d. h. alle an den Betrieb gebunden, die Männer überdies unter die Disziplinalgewalt des militärischen Leiters gestellt.

# Gerichtszeitung.

## Ein Seelhorger „in Ausübung seines Amtes“.

Gegen den Pfarrer Ebbdi von der Dankestliche richtete sich eine vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelte Privatklage, die der Landsturmmann Geride angestrengt hatte. Der Privatkläger, der seine Frau durch den Tod verloren hat, ist Vater von vier Kindern, die seit seiner Einberufung zum Seereschiff von seiner Schwägerin, der Frau seines Bruders, betreut werden. Am 28. November erschien die letztere bei dem Pfarrer Ebbdi, um zu versuchen, ihre Nichte, ein augenkrankes Mädchen, welches wegen Krankheit die Schule nicht besuchen konnte, zur Einsegnung möglichst noch zu Ostern anzumelden. Nach ihrer Behauptung hat sich dabei folgendes abgespielt: Der Pfarrer habe u. a. gefragt, wozu die Mutter des Kindes gestorben sei. Auf die Antwort „an einer Lungenkrankheit“ habe er erklärt: „Ach, hören Sie doch auf mit der Lungenkrankheit!“ — Auf die weitere Auskunft, daß das Kind an Skrophulöser Augenentzündung leide, habe der Pfarrer sich dahin geäußert: „Das sind wahrscheinlich Folgen der Syphilis; die Eltern haben gewiß herumgehurt und das ist dem Kind auf die Augen geschlagen!“ Er soll dann weiter erklärt haben, daß die Einsegnungsfrage für ihn erledigt sei und sich von Frau Geride abgewandt haben. Diese hat ihren Schwager von den Äußerungen des Pfarrers in Kenntnis gesetzt und daraufhin ist der Strafantrag gestellt worden. Landsturmmann Geride erklärte auf wiederholte Fragen des Vorsitzenden, daß er zu einem Vergleich nicht bereit sei. — Pfarrer Ebbdi bestritt, den Privatkläger beleidigt zu haben. Was er mit der Frau gesprochen, habe er in Ausübung seines Amtes als Seelhorger getan, es habe sich nur um den Verluß gehandelt, eine Diagnose aufzustellen, ob der unzureichende körperliche Zustand des Kindes nicht irgendwie im Zusammenhang stehe mit irgendwelcher geschlechtlichen Belastung der Eltern. Jetzt, wo wir die Bevölkerungsprobleme haben, müsse doch so etwas erörtert werden. Er habe diese Erörterung nur ganz allgemein gehalten. Was die Frau behauptet, sei ein totales Mißverständnis und eine völlig schiefte Auffassung seiner Worte durch eine Frau, bei deren Besuch sich stets eine beräugerte Stimmung gezeigt habe und die selbst krank sei und mit dem Schicksal ringe. — Frau Geride bestritt aber, daß sie nur die Wahrheit gesagt habe. — Justizrat Bergmann beantragte die Bestrafung des Angeklagten, dessen Verhalten sich mit der Würde seines Amtes nicht vereinigen lasse und der doch in einer recht schlimmen und beleidigenden Weise das Elterngeld und die Ehre des Privatklägers verletzt habe. Wenn die vorgesehene Beweise des Angeklagten nicht aus dieser Ansicht wäre, würde sie gewiß — was nicht geschehen ist — den Konflikt erhoben haben. — Das Schöffengericht kam zu einer Beurteilung, da kein Grund vorliege, der beschworenen Aussage der Frau nicht zu glauben. § 193 St.G.B. siehe dem Angeklagten nicht zur Seite; als gebildeter Mann hätte er sich sagen müssen, daß es bei der Frage der Einsegnung nicht auf eine Forderung nach den Ursachen der Krankheit in dieser beleidigenden Form ankomme. Mit Rücksicht darauf, daß er wohl in Erregung darüber geraten war, daß ihm zugemutet wurde, das verheiratete angemeldete Kind in so kurzer Zeit einzusegnen, daß er in seinem Verste wohl sehr überlaufen und im Augenblicke sich der Tragweite seiner Worte wohl nicht ganz bewußt gewesen sei, erkannte das Gericht gegen ihn auf 50 M. Geldstrafe ebenf. 10 Tage Gefängnis.

## Graf Nielechowski vor Gericht.

Vor der Posener Strafkammer begann Dienstag der Prozeß gegen den Grafen Janak Nielechowski auf Jwno, der beschuldigt wird, in 40 Fällen gegen die Verordnung über die Beschlagnahme von Getreide und gegen die Höchstpreisverordnung sich vergangen, in weiteren 10 Fällen für Futtermittel u. a. Wucherpreise verlangt und genommen zu haben. Die Geschäfte sind hauptsächlich mit den Firmen Kapellenbogen (Posen) und Rodenbeck (Charlottenburg) ausgeführt worden, deren Inhaber ebenso wie der Graf selber sich seit längerer Zeit in Untersuchungshaft befinden.

Der Angeklagte ist ein Bruder des früheren Reichstagsabgeordneten Graf Matthias N., der vor einigen Jahren seine Gattin und seinen Neffen erschoss und dann bekanntlich vom Schwurgericht in Reserch freigesprochen wurde. Graf Janak N., der jetzt 46 Jahre alt ist, war ursprünglich aktiver Offizier und widmete sich dann der Bewirtschaftung seiner 80 000 Morgen umfassenden Güter. Bei Beginn des Kriegs zog er als Oberleutnant ins Feld, wurde zum Rittmeister befördert, mußte aber schließlich eines Darmleidens wegen in die Heimat zurückgeschickt werden. Die Straftaten soll er in den Jahren 1915 und 1916 begangen haben.

Den Vorsitz in der Gerichtsverhandlung führt Landgerichtsdirektor Ehrenberg, die Anklage vertreten der Erste Staatsanwalt Lindow und der Staatsanwalt Ray, als Verteidiger fungieren die Rechtsanwälte Geh. Justizrat Dr. v. Gordon (Berlin), Dr. Drwenitz und Pahl (Posen). Der Angeklagte, der sich seit dem 22. Dezember in Untersuchungshaft befindet, erscheint vor Gericht als schwer Leidender, auf einen Arzt und einen Spargenenaussucher geführt, er nimmt auf einen Sessel hinter einer spanischen Wand Platz und macht seine Aussagen sitzend, während seine Gattin und der Arzt ihn ab und zu Erfrischungen und Medikamente reichen.

Bei Beginn des Verhörs gibt der Graf zu seiner Entschuldigung an, daß er sich bei der Größe seiner Besitzungen nicht um alle Lagenstellen habe kümmern können. Als der Vorsitzende ihn daran erinnert, daß er seinen Güterdirektor, der ihn vor den Geschäften mit Kapellenbogen warnte, die Antwort gegeben habe, das wäre ja eine Feigheit — entgegen der Angeklagte: „Diese Behauptung habe ich nie gemacht. Die Staatsanwaltschaft will mir nur einen Strich strecken und das ist eine Gemeinheit!“ Der Erste Staatsanwalt Lindow bittet darauf den Vorsitzenden, die Anklagebehörde gegen derartige Angriffe in Schutz zu nehmen.

Da eine große Anzahl von Zeugen und Sachverständigen geladen ist, wird die Verhandlung voraussichtlich bis zu drei Tagen dauern.

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Tempelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Neudamm; für Interate: Ed. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft, Paul Singer & Co. Berlin SW.

Preis 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

## Eine Hausbibliothek gratis!

Alle Leser erhalten gegen Einwendung des nebenstehenden Gutscheines ein Gratis-Probepfeft der rühmlichst bekannten illustrierten Zeitschrift „Welt und Wissen“. Diese bringt von ersten Schriftstellern gemeinverständliche Abhandlungen aus allen Wissensgebieten. Jedes Heft enthält ca. 30 Artikel, z. B.: Der Mensch in der Pfahldauer.

## Gutschein V

für ein Gratis-Probepfeft.

An den Verlag von „Welt und Wissen“ Berlin-Schöneberg, Am Park 11.

Ich bestelle hiermit ein Probepfeft kostenlos zugestellt.

Name \_\_\_\_\_

Ort \_\_\_\_\_

Verlangen Sie kostenlos Probeheft.

Außerdem erhält jeder Abonnent eine große illustrierte Hausbibliothek gratis und zwar zu jedem Jahrgang drei Werte. Damit jeder Leser darauf abonnieren kann, ist der Preis auf nur 20 Pf. pro Heft festgesetzt.

Außerdem erhält jeder Abonnent:

- Wenn die Erde erzittert. — Wie erhalte ich mich jung. — Der Wille und dessen Gymnastik. — Das Leben unter Wasser. — Fernphotographie. — Liebe und Ehe bei den Naturvögeln. — Der Mensch und die Geisteswelt. — Klüßige Luft. — Einfluß der Lebensweise auf das Menschenalter. — Verdauung und Stühle in der Sahara. — Eine Fahrt im Unterseeboot usw.

Reichstag.

93. Sitzung, Dienstag, den 27. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Graf Roedern.

Kurze Anfragen.

Abg. Dr. von Celler (natl.) fragt, ob der Reichskanzler auf die Heeres- und Marineverwaltung einwirken wird, daß sie die Vorstände der Landesversicherungsanstalten auslöst über ge-

Ministerialdirektor v. Jansoniers: Die Entscheidung über die erste Frage ist ausschließlich von der Heeresverwaltung abhängig, denn hier kommen nicht nur Gesichtspunkte der Hygiene, sondern auch allgemein militärische Interessen in Betracht.

Abg. Gussner (Sp.) fragt, ob den Weingärtnern zur Bekämpfung der Rebschädlinge Kupfervitriol und Schwefel in genügender Menge rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden wird.

Ministerialdirektor von Jauquière: Das Kriegsministerium wird den Weingärtnern nach Möglichkeit Mittel zur Bekämpfung der Rebschädlinge zur Verfügung stellen; da das Kupfervitriol nicht ausreicht, so wird man ihnen brauchbare und erprobte Ersatzmittel geben.

Der Zuschlag zur Kriegsteuer.

Es folgt die weitere Beratung des Gesetzentwurfs über den Zuschlag zur Kriegsteuer.

Abg. Dr. David (Soz.):

Die Mehrheit des Ausschusses hat sich im wesentlichen auf den Standpunkt der Regierungsvorlage beschränkt und jede Verschärfung abgelehnt, sie will das Defizit durch Steuern auf Kosten und den Verkehr decken.

eine halbe Milliarde Ertrag

bringen würde. Im Prinzip haben sich für eine Vermögenssteuer auch die Volkspartei, die Nationalliberalen und sogar Herr von Camp ausgeprochen.

in die Sorgen und Sorgen der Besessenen, die von der Hand in den Mund leben, der Leute, die in dieser Zeit nicht wissen, wie sie überhaupt durchkommen sollen.

Dann hatten wir angeregt, die Erbschaftsteuer zu verschärfen. Durch den Krieg kommen durch den plötzlichen Tod von Hunderttausenden von Männern zahlreiche Erbschaften an entsetzliche Vermächtnisse vor, die in normalen Zeiten nicht daran hätten denken können.

eine Reichseinkommensteuer.

Die Einkommen sind von den Einzelstaaten und Gemeinden nicht so hart besteuert, daß das Reich nicht auch noch einen Teil in der gegenwärtigen Situation nehmen sollte.

Die Vermögen der Armen müssen sich diese Steuer am Munde abspargen, während der Reiche niemals in die Lage kommt, seine Ernährung, seine vitalen Lebensbedürfnisse infolge von Steuern verkürzen zu müssen.

Reichseinkommensteuer für die armen Leute.

Die Vermögen der Armen müssen sich diese Steuer am Munde abspargen, während der Reiche niemals in die Lage kommt, seine Ernährung, seine vitalen Lebensbedürfnisse infolge von Steuern verkürzen zu müssen.

erhöhen. Damit würden Sie dem Reiche rund 300 Millionen mehr zuführen und so die Verkehrsbelastung übermäßig machen. Man kann wirklich nicht behaupten, daß unser Vorschlag die Kriegsgewinne zu hart trifft.

Dienstpflicht des Kapitals.

die Kriegsgewinne herzugeben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ihre Steuergesetze müssen auf die große Masse aufreißend wirken, bedenken Sie das beizeiten, denn sie schlagen dem sozialen Gerechtigkeitssinn der breiten Massen ins Gesicht.

Abg. v. Brodhagen (L.): Unsere Bedenken gegen die Steuer-vorlagen sind durch die Kommissionsbeschlässe nicht behoben. Nicht nur die Kriegsgewinne, sondern alles Vermögen, das nicht um 10 Proz. vermindert ist, soll mit dem Zuschlag belegt werden.

Abg. Dr. Blum (Sp.): Auch wir stimmen der Vorlage in der Fassung der Kommission zu. Sie soll 450 Millionen zu den 1200, die nötig sind, beitragen. Der Besitz wird also kräftig mit herangezogen.

Abg. Dr. Pfeifer (Z.): Wir stimmen den Kommissionsbeschlässen zu. Der gesunde Erwerbssinn darf nicht allzu sehr erstickt werden. Für die Aufstellung der Frage der Erbschaftsteuer ist gerade die Kriegszeit die allerungeeignteste.

Abg. Dr. Stresemann (natl.): Die Steuer trifft keineswegs nur Millionäre, sondern auch ganz kleine Vermögensvermehrungen, ja sogar die Erhaltung des Vermögens. Herr David hat die Erhöhung der englischen Einkommensteuer ganz einseitig hervorgehoben, aber nicht entsprechend betont, daß die staatlichen und kommunalen Einkommensteuern in den letzten Jahren ganz enorm gestiegen sind.

Abg. Martin (D. Fr.): Das Gesetz hat es leider nicht verhindert, nur den eigentlichen Kriegsgewinn zu treffen, sondern jede Ersparnis wird hier als Kriegsgewinn besteuert.

Abg. Hentze (Soz. Arb.):

Die Grenze der erträglichen Besteuerung des Besitzes ist noch lange nicht erreicht — wird doch hier gar nicht das Vermögen, sondern nur der Vermögenszuwachs, der Kriegsgewinn, besteuert. Wie im Vorjahre soll diese geringe Kriegsgewinnsteuer den Vorspann bilden für neue indirekte Steuern, für neue ungeheure Belastung der ärmeren Klassen.

Vizepräsident Dr. Paasche bittet, bei den einzelnen Steuern keine Generaldiskussion zu führen.

Abg. Hentze (fortf.): Die Hoffnung auf eine Kriegsent-schädigung und die Ueberzeugung, daß es ohne indirekte Steuern nicht geht, sind die einzigen haltbaren Zeichen der künftigen Finanzsanierung.

Die Beratung wird unterbrochen zur 10 Minutenpause über die gestern verabschiedete Resolution über die Einmündung der Frauen.

Der Antrag auf namentliche Abstimmung wird zurück-gezogen.

Die Resolution wird gegen die Stimmen der Kon-servativen, des Zentrums, der Polen und eines Teiles der Deutschen Fraktion angenommen.

Abg. Meil (Soz.):

Die Zustimmung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemein-schaft zur Verschärfung des Kriegsteuerzuschlags bedeutet gegen-über ihrer vorjährigen Ablehnung immerhin einen Fortschritt.

Blund sich aufregte, kann im äußersten Fall nur eintreten bei einem in die Millionen gehenden Gewinn; da stellen die übrigbleibenden 20 Proz. noch eine so ungeheure Summe dar, daß man mit ihr als Ertragskraft des Krieges recht zufrieden sein kann.

Unter Ablehnung der vorliegenden Anträge wird § 1 und dann die übrigen Paragraphen des Gesetzes in der Fassung der Kom-mission angenommen.

Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs.

Abg. Müller (Soz.):

Der § 1 dieses Gesetzes geht auf das Ganze: es gibt fast kein Verkehrsgebiet, das durch diese Auflage nicht erfaßt wird. Nur die Pferdeomnibusse sind ausgenommen, weil man ihnen eine größere Belastung, als der Krieg sie mit sich gebracht hat, wirklich nicht zumuten konnte.

auch die vierte Klasse

in die Steuer einbezieht. Aber die Abwanderung ist doch nicht erfolgt, um der Steuerbehörde ein Schnüppchen zu schlagen, sondern weil die Betroffenen die hohe Belastung der dritten Klasse nicht tragen konnten.

Ueberfüllung der Vorzüge an Sonntagen

hin, um die Steuer zu rechtfertigen. Diese Ueberfüllung ist eine der erfreulichsten Erscheinungen in den letzten Nach-jahren, sie beweist, daß die Befürchtungen vor einer Degene-ration der großstädtischen Bevölkerung unange-brocht waren.

eine nicht wieder gut zu machende Schädigung der Volksgesundheit auf Generationen hinaus verursacht. (Zustimmung bei den So-zialdemokraten.) Es kommt hinzu, daß es sich hier um eine Sonderbesteuerung der schon so schwer belasteten groß-städtischen Bevölkerung handelt.

Roch als den können wir die Veranlassung für eine Zu-stimmung zu dieser Vorlage vor der breiten Masse der Bevölkerung nicht übernehmen. Alles was wir bei der Fahrkartensteuer 1906 prognostiziert haben, ist eingetroffen und so wird auch prompt eintreffen, was wir heute über die schädlichen Wirkungen dieser Steuer vorhergesagt.

Abg. Pfeifer (Sp.): Es handelt sich darum, den Bedarf des Reiches zu decken, den auch die Sozialdemokraten bewilligt haben. Wir haben gewiß keine Freude an dieser Steuer, aber der Weltkrieg nötigt uns jetzt, Anschauungen zu vertreten, die wir früher verdammt haben.

Die Weiterberatung wird vertagt auf Mittwoch 1 Uhr. Schluß 6 1/2 Uhr.

Berichtigung! Im gestrigen Reichstagsbericht ist die Parci-beziehung des Abg. Baudert unrichtig angegeben worden. Abg. Baudert ist Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion (Soz.), und nicht der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft (Soz. Arb.).

# Herrenhaus.

17. Sitzung, Dienstag, den 27. März, 3 Uhr.

Am Ministertische: v. Breitenbach, Dr. Sengc. Die Tribünen sind überfüllt, das Haus ist gut besetzt. Das Gesetz über weitere Beihilfen zu Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände wird unverändert angenommen. Es folgt die Beratung des Antrages des Grafen von und zu Hoensbroech über den uneingeschränkten II-Boot-Krieg und den Friedensschluß. Antragsteller sind Graf v. d. Groeben, v. Herzberg, v. Heyden-Rindern, v. Kleist, Dr. Körte, Dr. Neuber, Graf v. Mangau, Dr. Fürst zu Salm-Horstmar und v. Sonntag. Der Antrag lautet:

„Das Herrenhaus wolle beschließen, die Regierung aufzufordern, dahin zu wirken, daß, nachdem zur Freude aller Patrioten der uneingeschränkte II-Boot-Krieg eröffnet ist, nunmehr ohne Rücksicht auf irgend welche Einflüsse durch die kraftvolle Anwendung aller Kampfmittel ein ehrenvoller, die politische und wirtschaftliche Zukunft des Vaterlandes fester Friede erstrebt wird, der den gebrachten Opfern entspricht.“

Hierzu liegt ein Abänderungsantrag v. Oldenburg-Jannushau vor: „Das Herrenhaus gibt seiner Freude Ausdruck, daß der uneingeschränkte II-Boot-Krieg eröffnet ist, weil durch die rückwärtslose, durch keinerlei Einflüsse abgelenkte Durchführung desselben in Verbindung mit der kraftvollen Anwendung aller Kampfmittel ein ehrenvoller, die politische und wirtschaftliche Zukunft des Vaterlandes fester Friede erstrebt werden kann, der den gebrachten Opfern entspricht.“

Dieser Antrag wird u. a. unterstützt vom Großadmiral v. Roeder, dem Grafen v. Ribbach-Sorau, dem Fürsten zu Salm-Horstmar und dem Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein.

Präsident Graf Arnim-Boitzenburg teilt mit, daß nachträglich ihre Unterstützung zu dem Antrage des Grafen Hoensbroech zurückgezogen haben Oberbürgermeister Charbonnier-Biegnitz, Oberbürgermeister Wlasiak-Bromberg, Oberbürgermeister Raiting-Breslau, Dr. v. Jantzier (Rittergutsbesitzer).

Berichterstatter v. Herzberg beantragt, den Antrag Hoensbroech unverändert anzunehmen.

Vizepräsident des Staatsministeriums v. Breitenbach:

Kamens der Staatsregierung habe ich zu diesem Antrag folgende Erklärung abzugeben: Das Herrenhaus kann überzeugt sein, daß alle jemals tauglichen Kriegsmittel in ihrer vollen Kraft und dem für jeden Deutschen selbstverständlichen Zweck eingesetzt werden, dem Vaterlande einen Frieden zu erkämpfen, der unser Leben, Freiheit und eine gesicherte Zukunft verbürgt. Die Auffassung, als ob bei Erfolg dieses Krieges die kaiserliche Kommandogewalt sich jemals durch

## Rücksichten auf irgendwelche Einflüsse

von der kraftvollen Anwendung aller Kampfmittel habe abhalten lassen, wird in diesem hohen Hause keinen Boden finden können. (Bravo!) Ein weiteres Eingehen auf den Antrag muß sich die königliche Staatsregierung versagen. Sie kann sich dabei auf den einstimmig vom Herrenhause am 20. März 1916 eingenommenen Standpunkt beziehen, wonach das Herrenhaus die Erörterung von Angelegenheiten, die mittelbar oder unmittelbar mit der kaiserlichen Kommandogewalt verknüpft sind, für schlechterdings ausgeschlossen erachtet hat. (Bravo! links.) Die königliche Staatsregierung weiß sich mit dem Herrenhause einig in der Bewertung des II-Boot-Krieges und darin, daß unsere unerlöschliche Zuversicht für die Erreichung eines siegreichen Friedens in den Weltkriegen unserer Streitkräfte zu Wasser und zu Lande eine unüberwindliche Stütze findet. Falls venod in diesem Hause eine Erörterung des Antrages stattfinden und mit der Besprechung innerpolitischer Fragen verknüpft werden sollte, stellt die Regierung anheim, diese Erörterung einer Kommission zu überweisen. (Bravo! links.)

Graf Hoensbroech: Nach dieser Erklärung des Berichters der Staatsregierung beantrage ich, den Antrag einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen.

Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein: Ich beantrage zu Mitgliedern der Kommission zu wählen: Graf Hoensbroech, Herzog Ernst Günther, Fürst Otto zu Salm-Horstmar, v. Tzipin, o. d. Hanstein, Dr. Neuber, v. Berg, v. Kleist, Graf v. Moon, v. d. Osten, Derburg, Krupp v. Bohlen-Halbach, Fürst Lidnowski, v. Wendelssohn, Balcar, vom Rath, Dr. Körte, v. Odenburg, Graf Vallerstrem, Graf Mangau und Professor Reule-Kiel.

Das Haus stimmt in dem Vorschlage des Grafen zu. Hierauf berät das Haus Petitionen.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Etat. Schluß nach 4 Uhr.

## Hauptauschuß des Reichstages. Elsaß-Lothringen.

Zunächst wurde die Erörterung über die Vorgänge in Elsaß-Lothringen zu Ende geführt.

Abg. Haas (Sp.) forderte, daß bis zur zweiten Sitzung nach Eiern alle Beschwerden beseitigt werden. Auch müßten die Personen, die die Verantwortung haben, zur Rechenschaft gezogen werden. Er bitte um Aufklärung, ob es wahr sei, daß 20 000 Elsaß-Lothringer zu den Franzosen übergegangen seien.

Kriegsminister v. Stein: Nachdem die Auffassung des Kriegsministeriums über die Durchführung der Schutzhaft an die kommandierenden Generale gelangt ist, haben sich die Herren selbstverständlich auf den Boden dieser Auffassung gestellt und handeln auch danach. Er habe nicht beklagt, daß ein sehr großer Teil der Elsaß-Lothringer sich durchaus einwandfrei verhalte und für seine Haltung sogar Anerkennung verdiene. In bezug auf den Reichstagsabgeordneten Lévesque habe er gestern verfügt, daß der Abordner volle Bewegungsfreiheit im Deutschen Reich habe, auch in dem Kriegsministerium der Antrag telegraphisch an den Befehlshaber in dem Bezirk des Wohnortes des Abgeordneten gestellt, daß der Abordner in seinen Heimatort zurückkehre.

Ernst v. Briegleb teilt mit, daß in einer weiteren Reihe der vorgebrachten Fälle die Maßnahmen zurückgenommen worden sind. Abg. Dittmann (Soz. Arb.): Auch noch in der letzten Zeit finden Ausweisungen aus Elsaß-Lothringen statt. Die kommandierenden Generale kümmern sich also in keiner Weise um das, was der Kriegsminister im Reichstag verspricht.

Abg. Schiffer (nail.) begründet folgende Resolution: Nach der Auffassung des Reichstages, welche mit der Auffassung des Erlasses des Obermilitärbefehlshabers vom 23. Januar 1917 übereinstimmt, sollen die in Elsaß-Lothringen gegen deutsche Staatsangehörige angeordneten Ausweisungen aus Gründen, die in der Person des Betroffenen liegen, erfolgen, nicht lediglich vorübergehenden Ausweisungen, ebenso die Verjagung der Rückkehr nach Elsaß-Lothringen in solchen Fällen unter die Aufenthaltverordnungen, für welche der in dem Reichsgesetz vom 4. Dezember 1916 geregelte Nachschuß gilt.“

Kriegsminister v. Stein erklärt, daß er in jedem Punkte mit der Auffassung des Berichters übereinstimme und auch in diesem Sinne handeln werde.

Abg. Büble (Soz.): Nach seiner Überzeugung sei es ganz ausgeschlossen, daß die 20 000 Elsaß-Lothringer, von denen die Rede war, zu den Franzosen übergegangen sein sollen. Ein großer Teil dieser Personen sei bereits als Soldaten in Frankreich gezogen und hätte sich in Frankreich bis auf den heutigen Tag aufgehalten, andere seien beim Kriegsausbruch zufälligerweise in Frankreich geblieben, und ein Teil von ihnen konnte selbst beim besten Willen nicht wieder in die Heimat zurückkehren.

Abg. Landberg (Soz.): Wünschenswert sei, daß der Reichstag in dieser wichtigen Sache zu einem einstimmigen Entschlusse gelange. Das könnte aber nur geschehen, wenn in der beantragten Resolution nicht verwiesen werde auf den Erlass des Obermilitärbefehlshabers vom 23. Januar 1917, sondern auf die heutige Erklärung des Kriegsministers; denn diese Erklärung allein sei so bestimmt und klar abgefaßt, wie es der Reichstag verlangen müßte.

Infolgedessen wurde der Eingang der Resolution dahin geändert, daß nicht auf den Erlass, sondern auf die Erklärung des Kriegsministers im Hauptauschuß Bezug genommen werde. Damit wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Bei der folgenden Fortsetzung der Beratung des

## Militäretats

Sprach zunächst

Abg. Städtlen (Soz.): Er begründete die bereits mitgeteilten sozialdemokratischen Anträge und wies darauf hin, daß die Abschaffung der Strafe des Rücktritts in der österröichischen und ungarischen Armee auch bei uns Nachahmung verdiene. Diese Strafe möge für Landwehre passen, nicht aber für moderne Soldaten. Die Behandlung der Mannschaften läßt vielfach noch zu wünschen übrig. Erlasse müßten erfahrungsgemäß nicht. Der Kriegsminister müßte einmal von der Tribüne des Reichstages aus Fraktur reden. Bei Aushebungen sei dringende Vorkehrungen, um zu verhüten, daß ungeeignete Leute eingezogen werden, die schließlich den Pensioendat belasten. Die Zurückziehung der Hjärtigen von der Front war angeordnet, wird aber nicht befolgt. Genau so steht es mit der Zurückziehung von Vätern kinderreicher Familien und letzten Söhnen. Redner kritisierte dann scharf die Maßnahmen, die auf eine Erschwerung des Urlaubs hinauslaufen. Es ist sehr zu bedauern, daß Mannschaften seit 20 Monaten und länger keinen Urlaub hatten. Bewunderte müßten auf alle Fälle vor ihrer Rückkehr zur Front unbedingten Anspruch auf Urlaub haben. Die Hausarbeiterbataillone dürfen nicht dazu dienen, lästige Arbeitskräfte zu liefern. Auf welche geschlechte Verteilung stüge man die militärische Aushebung von Personen zur Arbeit bei der Post und Eisenbahn? Das sei eine Umgehung des Hilfsdienstgesetzes. Als ganz unzulässig ist es zu bezeichnen, wenn Hilfsdienstpflichtige als Offiziersburischen Verwendung finden sollen. Redner rügt dann, daß Gelder, die den Mannschaften gehören (Kantinenüberschüsse usw.), eigenmächtig in Kriegsanleihen angelegt werden. Die Briefzensur werde sehr rigoros geübt; auf keinen Fall dürfe aber der Inhalt der zur Zensur gelangten Briefe zur Erhebung von Anklagen benutzt werden. Den Beamtstellvertretern sollte man das Einkleidgeld noch einmal gewähren. Auch auf die Verhältnisse der Offizierstellvertreter müsse mehr Rücksicht genommen werden. Es sei zu bedauern, daß immer noch politische Gründe dazu führten, daß sonst geeignete Personen nicht Offiziere werden könnten. — In eingehender Weise behandelte Abg. Städtlen dann noch die Frage der Kriegsgesangenen und schloß mit einer Kritik der veränderten Regelungen, die die meisten Beschlüsse des Reichstages einfach in den Papierkorb geworfen haben.

Mittwoch Fortsetzung der Beratung des Militäretats.

## Die Herabsetzung der Brottration vor dem Reichstagsauschuß.

Die Debatte über die neuen Maßnahmen des Kriegsernährungsamts wurde in der Sitzung am Dienstag fortgesetzt.

Abg. Köppler (Soz.) wandte sich dagegen, daß auf die Landwirtschaft bei der jetzt durchgeführten Nachkontrolle Rücksicht genommen werde auf angeblich erparte Befände. Die Getreideschwebungen sind allgemein. Herr Reichardt ist beizetten gewornt worden, ohne daß er mit Energie die nötigen Maßnahmen ergreifen hätte. Die Brotversorgung ist gegenwärtig vollkommen in Anordnung geraten.

v. Bartsch: Die frühere Beschlagnahme des Getreides war nicht möglich, da man auf den Ausdrucks warten müße, der in diesem Jahre aus den bekannten Gründen verzögerte. Der Eingriff in die Schwemmelstände soll erfolgen. Die Preisbindung wird dazu beitragen, daß Abfallabgaben in größerem Umfang vor sich gehen. Wenn nicht anders, soll auch ein Zwang ausgeübt werden.

Abg. Hegler (Sp.): Man ist immer von der irrigen Auffassung ausgegangen, die deutsche Landwirtschaft könne das Brot ernähren. Bei einer so hohen Viehhaltung wie gegenwärtig ist das rein unmöglich. Die Verpflegung werden nicht erfüllt, denn die Kartoffeln sind nicht da, die verteilt werden sollen, während der Kälte sind viel Kartoffeln verloren. Es ist eine kleine mächtige Gruppe, die ihren Einfluß im preussischen Landwirtschaftsministerium ausübt, die uns in diese Richtung hineingebraut hat. Der Präsident des Kriegsernährungsamts ist nicht freizusprechen von dem Vorwurf, daß er nicht entschieden genug gegen die Hemmungen aufgetreten ist, die seine Absichten durchkreuzten; denn ihm mußte der Ernst der Lage bekannt sein.

Abg. Bunn (Soz. Arb.): Die Kontrolle müsse jetzt von Organen erfolgen, die von der Reichsregierung eingesetzt werden, sonst haben wir keine Sicherheit, daß uns diese Nachkontrolle irgendwelchen Nutzen bringt. Es wird hauptsächlich bei Erhöhung der Fleischration den Winderbeimitteln wichtigere Breite zu bieten. Die Durchführung wird sehr schwer sein; Berlin wird wöchentlich auf einen Zubehuf von 1/2 Million Mark zu rechnen haben. Die Bevölkerung ist sehr ungelassen über die Maßnahmen. Einen Ausweg aus dieser Not läßt er auch nicht in Vorschlag bringen.

Abg. Dr. Kocke (L.): Bisher sind Verweise nicht erbracht, daß Brotgetreide in größerem Umfang veräußert worden ist. Daß Einzelfälle vorgekommen sind, wird niemand bestreiten. Er sei der Überzeugung, daß gerade das System der Sozialdemokraten, das das Kriegsernährungsamt als Kasser genommen hat, uns in die gegenwärtigen Schwierigkeiten gebracht hat.

Die Fortsetzung der Debatte wird am Mittwoch erfolgen.

## Parlamentarisches.

### Ritter und Kind.

Die 16. Reichstagskommission für Bevölkerungspolitik beriet am Dienstag den Schatz für weibliche und jugendliche Kriegsarbeiter zu Ende.

Abg. Dr. Luard (Soz.) berichtet über die Fassung der Anträge durch die Unterkommission. Diese ist zu einer Sitzung darauf gelangt, daß zur Herbeiführung eines Kindesmehres von Frauenschuh bündelartige und kriegsdienstliche Bestimmungen verlangt werden, die vorschreiben die Rücksicht auf ununterbrochene Betriebe, die Behnhandenrichtig bei zweifelhafteu und die Einkundenrichtig bei einschichtigen Betrieben, mindestens jeden zweiten Sonntag völlige Ruhe, Wäuerinnenmehrs zehn Wochen nach Aenderntum mit Ausschneidung der Reichswahen hülfe, besondere Schutzvorschriften über die Beschäftigung mit giftigen und explosiven Stoffen, säulente Durchführung des Hausarbeiters und ausreichende Gewerbeaufsicht. Die Unterkommission hält dieses Kindesmehrs, das die Mitte ist zwischen dem alten Arbeiterschutz und den durch die Anforderungen entstandenen Billigkeitsregeln, für unentbehrlich, wenn die Ausschöpfung der weiblichen Arbeitskraft nicht binnen kurzem eintreten soll.

Der Vertreter des Reichsamts des Innern, Scheinert Ernmann, wendet sich gegen die Anträge, einmal, weil man die Ausnahme unmöglich durch eine Verordnung begrenzen könne, höchstens durch Anweisungen, wie sie bisher schon zweimal seitens des Reichsamts erlassen seien, und zweitens, weil für Kaskade, Frostschäden, Mangel an Arbeitskräften und technisches Bewegungskreisfreiheit gelassen werden müße.

Minister Merin vom Kriegsamt unterschreibt diese Einwände, so sehr auch das Kriegsamt an einem praktischen Fall festgehalten habe, wie der Schlußbestand die Produktionsleistung erhöhe.

Abg. Ruwert (Soz. Arb.) stellt Anträge, die weit über diejenigen der Unterkommission hinausgehen und bezeichnen die letzteren als schwächlich.

Die Abg. Siblovich, Weinhausen und Dr. Blund (Fr. Sp.), Rumun, Marquard (nail.), ferner Kräsig, Schmidt-Reihen und Dr. Luard (Soz.) vertreten gegenüber den Regierungsvertretern das unbedingte Festhalten an gewissen Mindestvorschriften für Frauenschuh. Der heutige Zustand sei unhaltbar und müsse beseitigt werden. Die Regierungen sollten endlich Entgegenkommen zeigen.

Schließlich einigte man sich auf alle Punkte bis auf die Regelung der Arbeitszeit. Diese wird auf Vorschlag des Vorsitzenden, v. Galle, an die Unterkommission zurückverwiesen.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

### Herabsetzung militärischer Mindeststrafen.

Der Gesetzentwurf, der die teilweise sehr wesentliche Herabsetzung militärischer Mindeststrafen vorsieht, ist in der Kommission in erster und zweiter Lesung ohne wesentliche Änderungen angenommen worden. Die von den Abg. Davidsohn, Landberg und Strohagen gestellten Abänderungsanträge fanden keine Mehrheit. — Es ist nunmehr beabsichtigt, den Entwurf am Freitag in zweiter und dritter Lesung auch im Plenum zu erledigen, damit die Gerichte schon von jetzt ab nicht mehr an die bisher geltenden enorm hohen Mindeststrafen gebunden sind. Die auf Grund der jetzt abgeänderten Paragraphen bereits verurteilten Angehörigen des Heeres sollen im Gnadenwege eine entsprechende Verminderung der erkannten Strafen erfahren.

### Die neue Justizvorlage.

Die eine Vereinfachung der Rechtspflege herbeiführen soll, wird erst nach den Osterferien zur Verhandlung kommen. Der Staatssekretär des Reichsjustizamts hatte dringend eruchtet, die Vorlage sofort der ersten Beratung zu unterziehen. Wenn die Vorlage überhaupt Gesetz werden sollte, dann nur in völlig veränderter Gestalt; denn die Vereinfachung der Rechtspflege darf nicht zu einer Verschlechterung führen.

## Aus Groß-Berlin. Broterfaj.

Zatwohl, den gibt es. Es war Sonnabend, also an einem Tage, wo die Brottration an sich genöhdlich etwas knapper ausfällt als an anderen Tagen, da der letzte Kanten ja noch für den Sonntag reichen muß. Nun hatte ich abends eine Sitzung und an Nachhausefahren war nicht zu denken. Was tun? Bei Mälinger eine Wurst mit Salat? O schöne Zeit... Doch drüben in der Konditorei soll es ja noch richtig gehende Schokolade geben. Die Tasse kostet zwar 60 Pf., aber was tut man nicht, um den ungestüm kurrnden Magen zu befriedigen! Also hin! Vielleicht hast du Glück und bekommst auch ein Stück Kriegsschokolade; es sind ja Höchstpreise dafür festgesetzt. „Kräulein, eine Tasse Schokolade und ein Stück Kuchen, kein Stückchen.“ Ah richtig, auch die „Größe“ ist fürsorglich bestimmt. Also schön — Königsstücken! Im vorigen Jahre, als ich noch „feldgrau“ war, aßen wir auch „Königsstücken“. Und wirklich, der heutige hatte mit dem vom vorigen Jahre eine frappante Ähnlichkeit, wirklich, er schmeckte fast wie das Königsbrot. — Königsstücken? Broterfaj! war mein Gedanke. Zwar ein etwas teurer „Ertrag“, aber welcher Ertrag ist nicht teuer und ersetzt doch nichts!

### Kein Kleingeld — keine Ware!

Die Knappheit des Kleingeldes ist immer noch sehr fühlbar. Aus Furcht, ganz ohne Kleingeld dazukommen, wechseln offenbar viele auf Vorrat ihr Großgeld. So trägt dazu bei, die Kleingeldknappheit noch zu verschärfen. Im Straßenbahnwagen kann man beobachten, daß Fahrgäste mehr oder minder grobe Scheine überreichen mit der Versicherung, „wirklich gar kein Kleingeld“ zu haben. Antwortet die Schaffnerin, sie habe selber nicht Kleingeld genug, um herauszugeben zu können, dann holt so mancher nochmal seinen Geldbeutel hervor und beginnt in ihm zu suchen. Einen solchen Blick auf den Inhalt werfend, belehrt die Schaffnerin den Verlegenen in halb ärgerlichem, halb schadenfrohem Ton: „Na, sehen Sie, da haben Sie ja noch ne ganze Menge Großchen!“ Ähnliche Enttäuschungen von Kleingeldhammern sind gewiß auch in Verkaufsgeschäften nicht selten. Aber auch das Gegenteil kommt vor: auch die Versicherung, kein Kleingeld herauszugeben zu können, ist manchmal nur Ausrede und Schwindel. Eine „Vorwärts“-Leserin und Parteigenossin klagt uns, daß ihr in einem Geschäft beim Einlauf von Petroleum led erklärt wurde, man brauche überhaupt nur gegen Ueberreichung des abgezählten Geldbetrages zu verkaufen. „Früher waren Sie doch anders!“ jagte vorwurfsvoll die Kundin, die wirklich kein Kleingeld bei sich hatte und einen Warchein in Zahlung geben mußte. Die Händlerin, die ihren Verdruß noch in einer gemeinen Redensart äußerte, griff schließlich doch in die Kasse und gab von ihrem Kleingeld her. Noch ehe sie damit fertig war, erschien aus dem Hinterzimmer der Ehegatte und schickte sich an, die Kundin aus dem Laden hinauszubringen. Diese hatte kaum Zeit, ihr Geld zusammenzuraufen — und schon befand sie sich auf der Straße. Die Polizei, an die sie sich wandte, riet ihr, Strafantrag zu stellen. Ein Denktettel wäre da vielleicht ganz heilsam.

### Berliner Lebensmittelnachrichten.

Demnächst wird Dörzgemüse zur Verteilung gelangen. Die Verteilung hat sich etwas verzögert, weil die Transport-schwierigkeiten des nicht in der hiesigen Trockenanstalt hergestellten Gemüses die Beförderung verlangsamten. Die Verteilung hat sich zwar bemüht, eine gute Qualität Trockengemüse zu erhalten, trotzdem wird geraten, da nicht überall die Dörrerichtungen eine Gewähr für die Herstellung eines gleichmäßig weichen Produktes ergeben, das Risikogemüse vor dem Kochen mindestens 24 Stunden einzuwässern. Das Wasser muß mehrfach erneuert werden, namentlich auch, um die Reste von Sand, die sich mitunter in dem Trockengemüse hält, zu beseitigen. Das Gemüse ist zwei Stunden lang zu kochen und dann wie jedes andere Gemüse zuzubereiten. Da 60 Gramm zur Verteilung gelangen werden, so reicht jede Portion reichlich zu einer oder unier Zubehnahme von Kartoffeln, Graupen, Nudeln oder Grütze für zwei Mittagmahlzeiten aus.

Am 29., 30. und 31. März werden auf die hiesigen Bezugs-scheine Kaninchen abgegeben. Der Verkauf erfolgt in den auf dem Bezugschein vermerkten Verkaufsstellen und nach Abgabe der auf dem Bezugschein vermerkten Nummern. Es wird auf die Säulenanzeige verwiesen, aus denen ersichtlich ist, an welchem Tage die Entnahme des Kaninchens erfolgen kann. Der Verkauf findet nachmittags von 1/2 bis 5 Uhr statt.

Im das für die nächste Zeit auf dem Markt kommende holländische Frühgemüse möglichst gleichmäßig auf den Gemeindebezirk von Berlin zu verteilen, soll eine genaue Feststellung der für den Gemüsehandel in Betracht kommenden Händler vorgenommen werden. Diese Feststellung wird zugleich die Grundlage für eine einmalige Lieferung mit Gemüse auch für die späteren Monate bilden können. Für die Verteilung kommen grundsätzlich nur solche Gemüsehändler in Frage, die das Geschäft bereits vor dem Kriege betrieben haben. Zu diesem Zweck macht der Magistrat bekannt, daß sich alle diese Gemüsehändler in der Zeit vom 28. bis 31. März bei ihrer zuständigen Protokollkommission zu melden und über das Befinden ihres Geschäftes am 1. August 1914

und das Fortbestehen desselben die nötigen Ausweise (Mietverträge, Gewerbesteuerentrichtung, nötigenfalls polizeiliche Bescheinigung) vorzulegen haben. Wer sich in die Liste nicht eintragen läßt, bleibt von der Belieferung ausgeschlossen.

### Die Berliner Gewerkschaften und die Ernährungsfrage.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission von Berlin und Umgebung hatte sich erneut an den Reichskanzler und den Oberbürgermeister von Berlin gewandt, indem er auf den Mangel an Kartoffeln und den vorzeitigen Wegfall des Fleischzuflusses von 100 Gramm pro Woche hinwies und erludte, den Zufuhr von 100 Gramm Fleisch solange zu geben, bis die Kartoffellieferung einträte. Darauf wurde dem Ausschuss die Antwort, daß der Reichskanzler den Präsidenten des Kriegs-ernährungsamtes erneut erludt habe, dem Wünsche entgegen zu kommen. Der Präsident hat alsdann die Landeszentralbehörden ermächtigt, insgesamt 100 Gramm Fleischzulage auf fünf Wochen zu verteilen.

Da die Durchführung für Berlin angeblich Schwierigkeiten macht, wird die Zentralstelle für Berlin die Zulage in der Weise geben, daß sie in der Osterwoche mit dem erhöhten Fleischzuflusse beginnt.

### Lastenausgleich oder Eingemeindung.

Im Nationalliberalen Hauptverein Berlin sprach Stadtsyndikus Dr. Karsch-Lichtenberg über die kommunalen Aufgaben und die Schöpfung Groß-Berlins. Dem Vortrag wohnten u. a. die Oberbürgermeister Kaiser (Neukölln) und Bielewicz (Lichtenberg) bei. Dr. Karsch ging aus von den unbeschränkten Aufgaben der Gemeinden im allgemeinen und den gewaltigen Leistungen Groß-Berlins im besonderen, die sich darin ausdrücken, daß die Haushaltspläne der 7 Städte und 6 größten Landgemeinden Groß-Berlins nicht weniger als 632 Millionen Mark betragen. Aber der Organismus Groß-Berlins krankt besonders an der finanziellen Ungleichheit in der Leistungsfähigkeit der einzelnen Gemeinden. Die finanzielle Ungleichheit wird dadurch vergrößert, daß die leistungsschwachen Gemeinden für Schul- und Armenlasten erhöhte Aufwendungen zu machen haben. Auch die Kriegsausgaben drücken diese Gemeinden weit mehr als die wohlhabenden reichlichen Gemeinden. Diese Verhältnisse haben bereits zu einer Schwächung der finanziellen Grundlagen der städtischen Vororte geführt. Redner behandelte darauf die Frage, ob dieser Ungleichheit durch eine Eingemeindung abgeholfen werden könne. Die Eingemeindung aller Gemeinden Groß-Berlins zu einem einheitlichen Verwaltungskörper würde aber den alles andere überwiegenden Nachteil haben, daß das eigene lokale Interesse und damit die Grundlage der Selbstverwaltung verschwinden würde. Sie käme einer Vernichtung der Selbstverwaltung in den Vororten gleich. Diese würden bei einer Eingemeindung nur wohlwollend behandelte Außenbezirke sein und nicht mehr das rege kommunale Leben haben, das ihre Bürger durch ihre Tätigkeit in den Tag legt. Auch mit einer Eingemeindung unter Durchführung der Dezentralisation, wie es der Schöneberger Oberbürgermeister Dominicus empfohlen habe, unter Schöpfung von Bezirksbürgermeisterämtern konnte sich der Vortragende nicht befremden. Er erklärte das Vell vielmehr in einem den Grundgedanken der Selbstverwaltung mehr entsprechenden Ausbau des Verbandes Groß-Berlin, der doch nicht so unfruchtbar sei, wie es vielfach gemeinbart worden sei. Durch den Waidanlauf, auf dem Gebiete des Siedlungsraumes durch Auffüllung geplanter Wohnungspläne habe der Zweckverband sich unstrittig große Verdienste erworben. Er müsse verbessert werden, die Verbandserweiterung Groß-Berlin aus unmittelbaren Wahlen der Bürgerchaft hervorgehen und auch der Verbandsauschuss nach Art der Magistrate ausgebaut werden. Während aber der Ausbau des Verbandes Groß-Berlin eine Frage der Zeit nach dem Kriege sei, dränge der Lastenausgleich schon jetzt zu einer Lösung.

Dr. Karsch empfahl, 25 Proz. aus der Einkommen-, Grund- und Gebäudesteuer in den gemeinsamen Topf des Lastenausgleichs zu werfen und betonte mit Entschiedenheit, daß, wenn die weislichen Gemeinden, wie es jetzt der Fall sei, sich gegen den Lastenausgleich anstrengen, sie dann eigentlich auch für die Eingemeindung seien, die sie ihrer Selbstständigkeit berauben würde, auf die sie besonders stolz seien. Auf die Eingemeindung der östlichen Vororte allein würde sich die Staatsregierung wohl nicht einlassen.

### Eine Ehrenrettung des Kachelofens.

Das in Berlin erscheinende Fachblatt „Der Kachelofen“ und das Verbandsorgan des Töpferverbandes bringen eine Arbeit des städtischen Bauamtmannes Hauser in München, die sich gegen eine vor einiger Zeit im „Vorwärts“ erschienene Abhandlung über die Kachelofen wendet. In dem Trud war nach der Ansicht der Fachleute der Kachelofen zugunsten der Zentralheizung zu kurz gekommen und sie haben deshalb Herrn Hauser als unparteiischen Sachverständigen angerufen. Auf Wunsch der organisierten Töpfer wollen wir Herrn Hausers Darlegungen wiedergeben:

Die Behauptung, daß der „alte gemüllte“ Kachelofen die Brennmaterialwärme sehr schlecht ausnütze, ist alt und wird immer wieder weitergetragen, trotzdem sie für den neuzeitlichen, aber gleich gemüllten Kachelofen, wie er überall jetzt seit Jahren vom Feuerhergebetriebe auf den Markt gebracht wird, nicht mehr zutrifft; die verschiedensten, auch amtlichen Untersuchungen solcher neuzeitlichen Konstruktionen haben vielmehr gezeigt, daß der gute Kachelofen dem guten Zentralheizungsstiel an Wirtschaftlichkeit nicht nachsteht; jeder, der hier nur unvoreingenommen prüft, was dies einwandfreien Untersuchungen zutage gefördert haben, muß dies heute zugeben.

Daß ein Heizkörper unter dem Fenster Jagerleistungen gegenüber größerer Annehmlichkeit bietet als ein Kachelofen an der Innenwand, insbesondere bei starkem Windanfall wird niemand bestreiten; man darf darüber nur nicht vergessen, mit welchem Verbrauch an Einrichtungslosten diese Annehmlichkeit erkauft ist. Nun weiß ein jeder, der einigermaßen mit der Statistik des Wohnungswesens kennt, daß in unseren Städten gerade die kleinen und mittleren Wohnungen, die mit zwei und drei Wohnräumen die breite Grundlage städtischer Siedelung ausmachen; auch für diese vielen, vielen Wohnungen allgemein die Zentralheizung als das Ideal hinstellen, heißt doch die Einkommensverhältnisse der Mieter solcher Wohnungen, die wirtschaftlichen Verhältnisse darin vollständig verkennen; wer außerdem weiß, um welchen Betrag die Wohnungsmiete bei Zentralheizung erhöht werden muß, wenn der Hausbesitzer auf seine Kosten kommen, die Mieter dagegen nicht freieren und beide sich nicht ewig im Streit liegen wollen, der wird, wenn er nur nüchtern die Verhältnisse ansieht, wie sie wirklich liegen, die Zentralheizung für einfachere Wohnungsverhältnisse als wirtschaftlich nicht empfehlen können, sie vielmehr tatsächlich heute noch bis zu einem gewissen Grade als das Privilegium wohlhabender Leute“ ansprechen müssen, weil sie für bescheidenere Wohnungen — und die machen die Mehrzahl aus — in Anlage und Betrieb teurer zu stehen kommt als Einzelheizung.

Dabei wollen wir doch auch nicht übersehen, daß in einer Wohnung, deren baulicher Zustand zu den vom Verfasser erwähnten „krüppeligen Verhältnissen“ Veranlassung gibt, auch die Zentralheizung nichts helfen würde, weil sie dann genau so minderwertig, so unzureichend an Reifeleistung und Größe der Heizkörper eingerichtet worden wäre wie sonst das ganze Wohnhaus, um an Anlagekosten zu sparen, um billig zu bauen; der eine Missetand dagegen wäre aber wahrlich nicht nach noch hinzugekommen: Störungen in der Wärmeleistung der Zentralheizung gerade dann, wenn es kalt ist, infolge von Schäden an der Kesselanlage, wie sie durch Überanstrengung erfahrungsgemäß häufig herbeigeführt werden, während bei der Einzelheizung ein völliges Aufsitzen ausgeschlossen ist.

Wir wollen also beim Vergleich beider Systeme nicht ungerecht sein und einseitig urteilen, jedes hat wie alles in der Welt seine Vor- und Nachteile, die Zentralheizung im Mietshaus ist heute dort

am Plage, wo auch sonst eine gewisse Wohlhabenheit zum Ausdruck gebracht werden kann; in einfacheren Wohnungen und Eigenheimen dagegen ist der gute Kachelofen heute noch ein Erzeugnis des Feuerhergebetriebe erhältlich; in einfacheren Wohnungsverhältnissen wird er auch immer im Vorrang bleiben, weil die Einzelheizung hier überhaupt das Gegebene ist und bleiben wird trotz aller großzügigen, aber letzten Endes undurchführbaren Vorschläge der Zentralisation der Wärmeherzeugung.

Soweit der Fachmann. Daß ein moderner, von einem tüchtigen und gewissenhaften Seher gebauter Ofen das Brennmaterial gut ausnützt, soll nicht bestritten werden. Auch hat der Kachelofen gegenüber gewissen Zentralheizungen gesundheitliche Vorteile. Leider aber sind die neuzeitlichen Kachelöfen naturgemäß fast nur in neuen Bauten zu finden, und auch da häßlich dort, wo der Hausbesitzer „geparit“ hat oder wo die Kunst des Ofenbauers nicht auf der Höhe stand. Wenn die Zentralheizung nicht überall wirtschaftlich ist, so liegt das vielfach an unrichtigen Wohnungsverhältnissen, deren Reform durch die Gesetzgebung unter Mitwirkung nachdrücklich verlangt hätte. Er hat auch das Heizungsproblem nicht als bereits gelöst behandelt, sondern unsere Wohnungsverhältnisse aufgeföhrt, sie möchten ergänzen, wie das System der Zentralheizung von einem Privileg wohlhabender Leute und von der Möglichkeit für Großbetriebe zur Wohltat für alle gemacht werden könne. Er hat auch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß das Grundübel aller Wohnungsverhältnisse darin beruht, daß die lebenswichtige Aufgabe der Verbergerung der Menschen immer noch eine geschäftliche Privatangelegenheit der Grundbesitzer und Bodenbesitzer, statt eine der vornehmsten Sorgen der Gesellschaft ist.

### Eine kommunale Fleischkarte neben der Reichsfleischkarte für Groß-Berlin.

Das Kriegs-ernährungsamt hat bekanntlich zum Ausgleich des Ausfalls der Produktion eine Erhöhung der Fleischration um 250 Gramm vorgelesen. Mit der durch diese Maßnahme notwendig gewordenen Neuregelung beschäftigt sich in seiner gestrigen Abend-sitzung der Arbeitsauschuss der Groß-Berliner Gemeinden. Es wurde beschlossen, neben der Reichsfleischkarte noch eine kommunale Fleischkarte einzuführen. Die Ausgestaltung dieser neuen Fleischkarte wurde bereits in der Sitzung festgelegt; dagegen bleibt die Durchführung von Einzelheiten und die Festsetzung der zu erlassenden Verordnungen einer demnächst stattfindenden weiteren Sitzung vorbehalten.

Zu den Charlottenburger Wehlschiebungen erfahren wir noch: Der Urheber der Schwindelerei ist ein früherer Angestellter der Trockenkartoffel-Verwertungsstelle, Pfambaum, der mit dem gleichfalls früher bei dieser Gesellschaft angestellten gewissen Drewnigal und dem ihm bekannten Stadtschreiber die Schiebung ausgeführt hat. Die Aufdeckung der Schwindelerei ist Beamten der Reichsgrenzstelle zu danken. Außer dem Stadtschreiber Quella, der seit mehr als fünfzehn Jahren im Dienste des Charlottenburger Magistrats steht, sind Pfambaum und Drewnigal verhaftet worden.

Zum Wohnungswechsel. Das Polizeipräsidium teilt mit, daß bei dem nächsten Vierteljahrs-Wohnungswechsel im Stadtbezirk Berlin zu räumen sind: 1. Kleine, aus höchstens zwei Wohnzimmern und Zubehör bestehende Wohnungen bis zum 4. April abends, 2. mittlere, aus drei oder vier Wohnzimmern und Zubehör bestehende Wohnungen bis zum 10. April abends, 3. große, mehr als vier Wohnzimmern umfassende Wohnungen bis zum 20. April abends. Die Inhaber der aus einem, zwei oder drei Wohnzimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen müssen jedoch ein Wohnzimmer und die Mieter von Wohnungen mit mehr als drei Wohnzimmern und Zubehör zwei Zimmer schon am Montag, den 2. April, vollständig geräumt dem künftigen Wohnungsinhaber zur Verfügung stellen.

Umzüge müssen in der Brotkommission angemeldet werden. Am die Möglichkeit einer Doppelversorgung mit rationierten Lebensmitteln auszuschließen, hat der Berliner Magistrat nunmehr angeordnet, daß jeder umziehende Einwohner sich nicht nur bei seinem Polizeirevier, sondern auch bei seiner Brotkommission abmelden und bei der Brotkommission seiner neuen Wohnung anmelden muß. Der Zugehende muß seiner Brotkommission die von der Brotkommission und Polizei auszufüllende Bescheinigung sowie die polizeiliche Anmeldung vorlegen. Nur wer diese Bescheinigung vorlegt, darf in die Liste der neuen Kommission eingetragen werden und Karten erhalten. Die Brotkommissionen sind angewiesen worden, dieser Anordnung aufs genaueste nachzukommen. Das Verfahren tritt am 20. März in Kraft.

Die Zeit zur Meldung von Aluminium-Gegenständen ist am 18. d. Mts. abgelaufen. Der diese Meldung bisher unterlassen hat, wird ersucht, sie nunmehr umgehend auf den bei den Steuerstellen erhältlichen Vordruck zu erlassen. Unterlassung der Meldung ist mit schwerer Strafe bedroht. Neben dem Zeitpunkt der Ablieferung der Aluminium-Gegenstände ergeht noch besondere Anordnung.

Securussche. Der Reichskommissar für Fleischversorgung gibt soeben bekannt, daß frische Rindfleisch im Kleinhandel nicht mehr als 18 Pf. das Pfund kosten dürfen. In Groß-Berlin werden bedeutend höhere Preise gefordert, weshalb der Kriegs-ausschuss für Konsumenteninteressen (Vordamer Str. 66) die Verbraucher ermahnt, ihm alle Preisüberberechtungen sofort zwecks weiterer Verfolgung dieser Angelegenheit mitzuteilen. Auch sei darauf hingewiesen, daß nach einer Mitteilung derselben amtlichen Stelle es zwar gute Rindfleisch gibt, doch aber die Mehrzahl dieser Produkte sehr gefährlich ist und von ihrem Ankauf abgeraten werden muß.

Beim Vormundschaftsamt der Stadt Berlin hat der Bestand an Rindfleisch bei Schluß des Jahres 1916 zum erstenmal die 10 000 überschritten. Seit 10 106 Rindfleisch trat das Vormundschaftsamt in das Jahr 1917 ein, gegenüber einem Bestand von 8467 Rindfleisch zu Beginn des vorhergehenden Jahres. Im Laufe des Jahres 1916 kamen 3456 neue Rindfleisch hinzu und schieden 1817 Rindfleisch aus, so daß sich ein Zuwachs von 1639 ergab. Das Berliner Vormundschaftsamt übernimmt Vormundschäften nur für uneheliche Kinder, die in Berlin geboren werden. In Vormundschäften der Stadt kommen aber nicht alle hier geborenen unehelichen Kinder, sondern in geeigneten Fällen berzachtet das Vormundschaftsamt und überläßt dem Gericht die Bestellung eines Einzelvormundes. Das Amt behält seine Rindfleisch höchstens bis zum Schluß des sechsten Lebensjahres, so daß von da ab auch für sie Einzelvormünder als Erzieher eintreten müssen. Da Berlin die Vormundschäften erst mit April 1912 einführte, so sind bisher noch keine Rindfleisch wegen Vollendung des sechsten Lebensjahres ausgeschieden. Ausgeschlossen können aber Rindfleisch aus anderen Gründen schon vorher. Im Laufe des Jahres 1916 schieben aus: 175 Rindfleisch wegen Übernahme der Vormundschäften durch andere Gerichte, 78 wegen Bestellung anderer Vormünder, 616 wegen Legitimation (einschl. anderweitige Eheglaubensklärung), 40 wegen Adoption, 7 aus sonstigen Gründen, außerdem 601 durch Tod. Die Legitimationen haben sich in der Kriegszeit stark gemehrt. Gemehrt haben sich auch die Adoptionen, doch sind sie noch immer spärlich.

In allen städtischen Hoch- und Fortbildungsschulen beginnt der Unterricht im Sommerhalbjahr am Mittwoch, den 11. April, in vollem Umfange. Die Aufnahme kann schon vorher täglich erfolgen. Unterricht im Maschinenzeichnen für Jünglinge und Männer wird nur in folgenden Fortbildungsschulen erteilt: an der ersten, Wartenbergstraße 8; in der fünften, Langestraße 31; an der sechsten, Choriner Straße 74. Der Unterricht für Anfänger wird in wöchentlich vier Stunden erteilt. Die Lehrgangskurse für Fortgeschrittene sind

zweistündig. Der Unterricht in allen Fächern der Fortbildungsschulen für Jünglinge und Männer dauert von 7 $\frac{1}{2}$  bis 9 Uhr 20 Minuten abends. In den Fortbildungsschulen für Mädchen und Frauen wird auch Tagesunterricht erteilt.

In der städtischen Kochschule Dunderfir, 65/66 beginnt das Sommerhalbjahr am 11. April. Der Unterricht wird vormittags von 8—12 und abends von 6—9 Uhr erteilt. Das Schulgeld beträgt für ein halbes Jahr bei einmaligem wöchentlichen Besuche 6 M., bei zweimaligem wöchentlichen Besuche 12 M., für das Sommerhalbjahr. Das Schulgeld berechtigt auch zur unentgeltlichen Teilnahme an einem Schneid- und Nähtkursus in einer städtischen Fortbildungsschule. Auskunft wird mündlich und schriftlich in der Kochschule Mittwoch und Sonnabends von 12—1 Uhr mittags und Donnerstags und Sonnabends von 8—9 Uhr abends erteilt. Anmeldungen, auch schriftliche, werden gleichfalls dort in der Kochschule entgegengenommen.

Die 2. Fortbildungsschule in der Gertram-Realschule (Alexandrinenstr. 5/6) nimmt Schüler beiderlei Geschlechts auf. Die Sommerkurse beginnen am Donnerstag, den 12. April. Das Schulgeld beträgt für jeden vierwöchentlichen Kursus 5 M., auf das ganze Halbjahr (Auswärtige das Doppelte). Unterrichtet wird im Französischen und Englischen in aufsteigenden Kurien, in Deutsch, in doppelter Buchführung, Stenographie und Schreibraschine und bei genügender Beteiligung auch in anderen Gegenständen. Anmeldungen nimmt der Direktor der Realschule täglich von 12—1 Uhr und an den Unterrichtstagen von 8 Uhr in seinem Amtszimmer entgegen.

Straßenbahnunterkungen. Käufer den bereits mitgeteilten Unterkungen der Linien 43, 53, 54, 55, 73 und 83 wegen Gleisänderungen an der Leipziger, Ede Charlottenstraße werden in der Nacht vom 29. zum 30. März auch die Linien 44 und 70 von 10 Uhr ab umgeleitet werden; sie nehmen zwischen Leipziger, Ede Charlottenstraße und Französische Straße bzw. Werderscher Markt ihren Weg gleichfalls über Leipziger Straße, Bernauer Straße, Hauptvogelplatz, Oberwallstraße, Französische Straße bzw. Werderscher Markt.

Zahlungen an Kriegsgefangene oder an polnische Arbeiter dürfen nicht in Gold oder in 5-, 3- oder 2-Mark-Stücken geleistet werden. Zahlungen in anderen Währungen an diese Personen sind nur insoweit gestattet, als Zahlung in Papiergeld nicht möglich ist. Zuweilendungen werden mit Beschränkung bis zu einem Jahre, bei Vorliegen mildernder Umstände mit Fast oder mit Geldstrafe bis zu 1000 M. bestraft.

Die königlichen Museen im Sommerhalbjahr. Das Kite und Neue Museum, das Kaiser-Friedrich- und Kunstgewerbemuseum, das Museum für Völkerverkunde sowie die Sammlung für deutsche Volkskunde sind an den Sonntagen und an den zweiten Feiertagen im April bis September von 11 $\frac{1}{2}$  bis 3 Uhr geöffnet. Montags bleiben die Museen geschlossen; ausgenommen ist das Museum für Völkerverkunde, das Montags geöffnet und dafür Dienstags geschlossen wird. An den übrigen Wochentagen sind die Museen von 10—3 Uhr geöffnet. Am Karfreitag, am ersten Osterfesttag, am Himmelfahrtstag und am ersten Pfingstfesttag bleiben die Museen geschlossen. Der Besuch der Museen ist unentgeltlich.

Jugendbeschäftigungen im Bezirk Nisch finden in den Schulferien statt. Die erste am Sonnabend nachmittag, den 31. März, bringt unter anderem die Wäskenspiele der Webr. Meinte, den mexikanische Juchajuchajal Tom Tada, die Kistherdresuren und die Märchenpantomime „Die Geierprinzessin“. Auch zu dieser Vorstellung hat jeder Erwachsene ein Kind frei, während weitere Kinder nur den halben Eintrittspreis zahlen.

Volks-Palast nennt sich ein neues Vergnügungsbetriebeliment, das in den Räumen der Neuen Philharmonie in der Köpenicker Straße 96/97, am Donnerstag eröffnet wird. Lichtspiele und Varietés-Vorstellungen, Lucie König, Martin Kettner, ferner im Rahmen des etw. Kabarett mit freiem Eintritt an den Wochentagen. 211. erster Film gelangt das Schauspiel „Die Freuden und sein Händchen“ zur Vorführung. Der Reinertrag des ersten Tages ist der Dampferhilfe bestimmt.

Durch eine bodenlos leichtsinnige Handlungsweise entstand am Dienstag früh in der Pulzstraße 107/108 eine Explosion in einer Kochmaschine, die großes Unheil verursachte. Eine Frau war dort mit Kaffeelocher beschäftigt. Als das Feuer nicht schnell genug in Gang kam, gab sie Benzin und Petroleum mit einander vermischt in die Glut. Sofort erfolgte eine gefährliche Explosion. Die Kochmaschine wurde zerschmettert, die Frau erlitt schwere Verletzungen an beiden Händen und im Gesicht und mußte nach dem St. Hedwigs-Krankenhaus gebracht werden. Ihr Ehemann und die Tochter kamen mit leichten Brandwunden davon. Wann wird bei den Frauen die Anstie aufhören, Petroleum, Benzin usw. ins Feuer zu gießen?

Das Opfer einer Gasergiftung sind die Händlerin Jähle und ihre beiden Kinder, Oskar, 40 in Reußstr. 12 wohnhaft, geworden. Hausbewohnern hieses auf, daß Montagmorgen der Laden nicht geöffnet wurde, und außerdem nahmen sie einen aus der J. ihren Wohnung kommenden Gasgeruch wahr. Nachdem man sich durch Einstichlagen eines Fensters Eingang in die Wohnung verschafft hatte, fand man Mutter und Kinder leblos in den Werten liegend vor. Die Wohnung war vollständig mit Gas angefüllt. Nach angestrengten Bemühungen gelang es, alle drei wieder zum Bewußtsein zu bringen, doch mußten sie nach dem Reußstr. Krankenhaus geschafft werden. Da die drei Personen noch nicht vernunftfähig sind, konnte bisher nicht festgestellt werden, ob es sich um einen Unfallsfall oder um einen Selbstmordversuch handelt. Das letztere erscheint jedoch nicht wahrscheinlich.

### Aus den Gemeinden.

Kohlengutscheine in Reußstr. Die Kriegsnotstandscommission hat bekanntlich seit längerer Zeit beschlossen, neben der Gewährung der Vorunterstützung an die Kriegsfamilien noch besondere Kohlenbonds auszugeben. Infolge der herrschenden Kohlennot war den Kriegsfrauen meistens nicht möglich auf diese Bonds Kohlen zu erhalten, da die Händler bei der Kohlenverteilung auf dem Wäskenshof die Annahme der Bonds verweigerten. Für die Kriegsfrauen entstand dadurch die Gefahr, diese Bonds, die bald ablaufen, einzubüßen. Infolgedessen beschäftigte sich vor einigen Wochen die unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters tagende Frauen-Versuchskommission mit der Angelegenheit und ersuchte den Magistrat diese Bonds einzulösen. Hierzu erteilt nun der Magistrat folgende Bekanntmachung:

Die Gültigkeitsdauer der zur Ausgabe gelangten Kohlenbonds wird bis zum 30. Juni verlängert. Diese Verlängerung gibt den Kriegsfrauen die Möglichkeit, im Sommer auf Grund der Kohlenbonds ihren Bedarf an Brennmaterial für den Winter zu decken.

Die Kohlenbonds, auf die bisher keine Kohlen bezogen werden konnten und die sich in den Händen der Kriegsfamilien befinden, werden gegen Zahlung des Betrages von 3 M. für jeden vollen Gutschein durch die Jählestelle eingelöst. Die Kriegsfrauen unterstützung aus. Es gelangen nur Scheine zur Einlösung, bei denen sämtliche Abschnitte noch vorhanden sind.

Die Auszahlung des Wertbetrages erfolgt bis Donnerstag, in einzelnen Zahlstellen bis Freitag, gegen Vorlage der gelben Ausweisarten in der Zeit von 4—6 Uhr nachmittags.

Da die Auszahlung nach Nummern vorgenommen wird, müssen sich die Frauen beizeiten über ihre Auszahlungszeit informieren.

Die 6. Kriegsanleihe ist der Kraftbeweis des deutschen Volkes.

